

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon +41 32 627 20 79
pd@sk.so.ch

EINLADUNG

an die Mitglieder des Solothurner Kantonsrates

Sehr geehrte Damen und Herren

Im Einvernehmen mit dem Regierungsrat lade ich Sie ein zur

Juni-Session

Dienstag, 24. Juni 2025,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 25. Juni 2025,	8.30 bis 12.30 Uhr
Mittwoch, 2. Juli 2025,	8.30 bis 12.00 Uhr

in den Kantonsratssal in Solothurn.

Solothurn, 11. Juni 2025

Mit freundlichen Grüssen
Kantonsratspräsident
Roberto Conti

Hinweise

- Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte (grau unterlegt = spruchreif) S. 2
- Hängige Parlamentarische Vorstösse (grau unterlegt = spruchreif) S. 6
- Mitteilungen S. 46
- Liste der Mitglieder der Ratsleitung und der Mitglieder der Kommissionen S. 47

Präsident: Telefon: 079 519 36 38

Liste der hängigen Kantonsratsgeschäfte

KRG-Nr. Geschäft

(zust. Dept.)

I. Wahlprüfungen und Vereidigungen

II. Wahlen

WG 070/2025	Wahl eines Mitglieds der Kantonalen Schätzungskommission für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 071/2025	Wahl einer Ersatzrichterin oder eines Ersatzrichters des Steuergerichts für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)
WG 130/2025	Wahl von sieben Mitgliedern und vier Ersatzmitgliedern des Schiedsgerichts in den Sozialversicherungen für die Amtsperiode 2025-2029	(KR)

III. Sachgeschäfte, Beschlüsse

SGB 055/2025	I. Rechenschaftsbericht über die Rechtspflege; II. Bericht über die Geschäftsführung der Amtschreibereien 2024	(GER)
SGB 099/2025	Neubau «KAPO-Stützpunkt» in Oensingen; Bewilligung eines Verpflichtungskredites	(BJD)
SGB 102/2025	Kauf der Liegenschaft Bielstrasse 3, Solothurn	(BJD)
SGB 103/2025	Validierung der Regierungsratswahlen vom 9. März 2025 und 13. April 2025	(STK)
SGB 104/2025	Raumbedürfnisse des Heilpädagogischen Schulzentrums Thal-Gäu; Bewilligung der jährlich wiederkehrenden Ausgaben zum Abschluss eines Mietvertrages in der Liegenschaft der VEBO	(BJD)
SGB 129/2025	Änderung des Sozialgesetzes (SG): Umsetzung Massnahmenplan 2024 im Geschäftskreis des Departements des Innern und Umsetzung Inkasohilfverordnung (InkHV)	(DDI)
SGB 135/2025	Solothurn Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW): Bericht über die Erfüllung des Leistungsauftrags für das Jahr 2024; Genehmigung	(DBK)

IV. Rechtsetzungsgeschäfte

RG 098/2025	Umsetzung der Massnahme Gde_VWD_05 «Kürzung des STAF-Ausgleichs in den Jahren 2026/2027» des Massnahmenplans 2024; Teilrevision des Gesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich der Einwohnergemeinden (FILAG EG)	(VWD)
RG 101/2025	Teilrevision des Fischereigesetzes (FiG)	(VWD)
RG 136/2025	Teilrevision des Sozialgesetzes (SG); Anhebung der Familienzulagen	(VWD)

V. Verordnungsvetos, Vernehmlassungen

VI. Volksaufträge

VA 108/2024 (FD)

Volksauftrag «Steuerliche Entlastung der Alleinstehenden und Verwitweten mit kleinem und mittlerem Einkommen»

Der Kantonsrat von Solothurn wird beauftragt, die übermässige steuerliche Mehrbelastung von Alleinstehenden und Verwitweten mit kleinem und mittlerem Einkommen gegenüber den Verheirateten spätestens auf Beginn der Steuerperiode 2026 in angemessener Art und Weise zu beseitigen.

Begründung (21.06.2024): schriftlich.

Unterschriften: Ruedi Fasnacht; insgesamt 133 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 14.01.2025 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 26.02.2025 (schriftlich)

VA 202/2024 (FD)

Volksauftrag «Verantwortung übernehmen – Beitrag leisten!»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, den Artikel 3 «Besoldungen und Zulagen der Mitglieder des Regierungsrates», Absatz 10 «Besoldungen a) des Regierungsrates» der «Verordnung über die Besoldungen und die Arbeitszeit des Staatspersonals und der Lehrkräfte an kantonalen Schulen» (126.51.1) wie folgt anzupassen:

Aktueller Text: Die Grundbesoldung der Mitglieder des Regierungsrates beträgt 208'252 Franken.

Neuer Text: Die Grundbesoldung der Mitglieder des Regierungsrates beträgt 158'252 Franken.

Begründung (26.09.2024): schriftlich

Unterschriften: 1. Lukas Wilhelm; insgesamt 104 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 05.05.2025

Stellungnahme FIKO: 11.06.2025

VA 0238/2024 (DBK)

Volksauftrag «für den Erhalt der Schule für Mode und Gestalten»

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Schule für Mode und Gestalten (SMG) als kantonale Lehrwerkstätte zu erhalten.

Begründung 09.12.2024: schriftlich

Unterschriften: 1. Franziska Aletti-Schmid; insgesamt 1749 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: 13.05.2025

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0254/2024 (VWD)

Volksauftrag «für eine nachhaltige Industriepolitik»

Der Regierungsrat wird beauftragt, dem Kantonsrat Botschaft und Entwurf zu einer Standesinitiative mit folgendem Inhalt vorzulegen:

Der Bund setzt sich ein für eine nationale Industriepolitik, die eine sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft ermöglicht, um den Werkplatz Schweiz namentlich im Bereich der produzierenden Industrie (Sektor 2) langfristig zu erhalten.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andri Meyer; insgesamt 245 beglaubigte Unterschriften

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0054/2025 (DDI)

Volksauftrag «IGV-Änderungen vorsorglich zurückweisen: Standesinitiative einreichen!»

Der Regierungsrat wird beauftragt, eine Standesinitiative gemäss Art. 160 Abs. 1 BV, Art. 115 ParlG der für das Sachgebiet zuständigen Kommission mit nachfolgendem Wortlaut einzureichen. Das vorliegende Rechtsgeschäft ist vom Regierungsrat für dringlich zu erklären.

«Der Bundesversammlung wird beantragt,

- (1.) mittels einfachem Bundesbeschluss (Art. 163 Abs. 2 BV) den Bundesrat aufzufordern, bis spätestens 19. Juli 2025 (Posteingang Sekretariat WHO) gestützt auf Art. 59 Abs. 1bis der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV 2005; SR 0.818.1031) namens der Schweizerischen Eidgenossenschaft die Zurückweisung sämtlicher IGV-Änderungen vom 1. Juni 2024 (finaler Wortlaut gemäss Schlussabstimmung der Weltgesundheitsversammlung vom 1. Juni 2024 und offizieller Notifikation des Generaldirektors²) zu erklären;
- (2.) den zur adäquaten demokratischen Legitimation dieser IGV-Änderungen notwendigen politischen Prozess (inkl. Referendumsmöglichkeiten) sicherzustellen.

Diese Standesinitiative ist dringlich zu behandeln.»

Begründung 19.02.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Therese Anner; insgesamt 191 beglaubigte Unterschriften.

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

VA 0076/2025 (VWD)

Volksauftrag «Abschaffung der Bewegungsjagd»

Der Kantonsrat des Kantons Solothurn wird aufgefordert, alle rechtlichen und politischen Mittel zu ergreifen, um die Bewegungsjagd abzuschaffen und § 24 der Jagdverordnung ersatzlos (JaV; BGS 626.12) zu streichen.

Begründung 10.04.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Brigitte Ehrbar; insgesamt 105 beglaubigte Unterschriften.

VII. Planungsbeschlüsse

VIII. Parlamentarische Initiativen

IX. Aufträge

A 272/2023 (BJD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Ballsporthalle Region Solothurn für Berufsschule und Vereine (20.12.2023)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Planung für den Bau von Ballsporthallenkapazitäten für die Berufsschule BBZ Solothurn und Vereine in der Region Solothurn zusammen mit der Stadt Solothurn voranzutreiben und dem Kantonsrat ein entsprechendes Hochbauprojekt zur Verabschiedung vorzulegen. Das Vorhaben soll auch unabhängig vom Projekt der Erneuerung der Kantonsschule Solothurn umgesetzt werden können. Falls der Standortentscheid Kantonsschule auf die Sanierung am bestehenden Standort fällt, dann sollen diese Sporthallenkapazitäten als separates Projekt «Badiparkplatz Weitblick» errichtet werden.

Begründung 20.12.2023: schriftlich.

Unterschriften: 1. Simon Michel, 2. Michael Ochsenbein, 3. Philipp Heri, Remo Bill, Hubert Bläsi, Markus Dietschi, Urs Huber, Stefan Hug, Michael Kumli, Barbara Leibundgut, Marco Lupi (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 056/2024 (KR)

Auftrag Geschäftsprüfungskommission: Parlamentarische Aufsicht über verselbstständigte Einheiten stärken (27.03.2024)

Die Ratsleitung und – soweit in ihrem Zuständigkeitsbereich liegend – der Regierungsrat werden aufgefordert, die Rechtsgrundlagen dahin gehend anzupassen, dass die Rechenschafts- und Geschäftsberichte aller wichtigen verselbstständigten Organisationen und Unternehmen, insbesondere der Ausgleichskasse des Kantons Solothurn (AKSO), der Solothurner Spitäler AG (soH) und weiteren Beteiligungen der Kategorie A, durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK) geprüft werden. Im Rahmen der Behandlung der Geschäftsberichte soll der Regierungsrat zudem Rechenschaft über den Erfüllungsgrad der strategischen Ziele und den Verlauf der Eignerggespräche ablegen.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Stefan Nünlist, 2. Hansueli Wyss, 3. Christof Schauwecker, Melina Aletti, Markus Ammann, Samuel Beer, Markus Dick, Tobias Fischer, Patrick Friker, David Gerke, Adrian Läng, Georg Lindemann, Marie-Theres Widmer (13)

Stellungnahme RL: 03.09.2024/18.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme RR: 03.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme GPK: 25.02.2025 (schriftlich)

A 060/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Schülerschein für alle (27.03.2024)

Der Regierungsrat stellt sicher, dass sämtliche Schulen der Sekundarstufe I und II einen Schülerschein ausstellen. Nötigenfalls erarbeitet er die rechtliche Grundlage hierfür.

Begründung 27.03.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Sarah Schreiber, 3. Michael Kumkli, Anna Engeler, Kuno Gasser, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Benjamin von Däniken, Susan von Sury-Thomas (9)

Stellungnahme RR: 13.08.2024 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 13.03.2025 (schriftlich)

A 118/2024 (STK)

Auftrag Fraktion SP/Junge SP: Totalrevision der Solothurner Kantonsverfassung (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird eingeladen, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit eine Totalrevision der Solothurner Kantonsverfassung eingeleitet werden kann.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Markus Ammann, 3. Hardy Jäggi, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 22.10.2024 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: (schriftlich)

A 120/2024 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Integrieren des Sports in der Departementsbezeichnung des heutigen DBK's (neu DBKS) (26.06.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Bezeichnung des Departements für Bildung und Kultur (DBK) so rasch als möglich in Departement für Bildung, Kultur und Sport (DBKS) zu ändern.

Begründung 26.06.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Michael Kumkli, 3. Michael Ochsenbein, Melina Aletti, Remo Bill, Hubert Bläsi, Matthias Borner, Markus Dietschi, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, Thomas Giger, Fabian Gloor, Simon Gomm, Christian Herzog, Urs Huber, Stefan Hug, Karin Kälin, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Kevin Kunz, Edgar Kupper, Adrian Läng, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Angela Petiti, Martin Rufer, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Nadine Vögeli, André Wyss, Nicole Wyss (40)

Stellungnahme RR: 09.12.2024 (schriftlich)

Stellungnahme BIKUKO: 12.03.2025 (schriftlich)

A 147/2024 (STK)

Auftrag Marie-Theres Widmer (Die Mitte, Steinhof): Medienvielfalt stärken (03.07.2024)

Die Regierung wird beauftragt, zu prüfen, wie sie die Medienvielfalt grundsätzlich fördern und unterstützen kann. Zudem soll sie aufzeigen, mit welchen weiteren Massnahmen eine offensive, breite Berichterstattung über die kantonalen Sessionen sowie über die Tätigkeiten der Regierung und der Verwaltung gewährleistet werden kann, und was diese Massnahmen kosten würden.

Begründung 03.07.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marie-Theres Widmer, 2. Matthias Meier-Moreno, 3. Michael Ochsenbein, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, David Gerke, Simon Gomm, Michael Grimbichler, Philipp Heri, Stefan Hug, Karin Kälin, Karin Kisling, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Pierino Menna, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Angela Petiti, Christof Schauwecker, Sarah Schreiber, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, André Wyss, Nicole Wyss (42)

Stellungnahme RR: 14.01.2025 (schriftlich)

Stellungnahme JUKO: 20.03.2025 (schriftlich)

A 180/2024 (DBK)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Weniger Fremdsprachen in der Primarschule (11.09.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Lehrplan der Volksschule so anzupassen, dass Englisch erst in der Sekundarstufe unterrichtet wird.

Begründung 11.09.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Sabrina Weisskopf, 2. Hansueli Wyss, 3. Freddy Kreuchi, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, Christian Herzog, Nicole Hirt, Michael Kummli, Georg Lindemann, Manuela Misteli, David Plüss, Daniel Probst, Markus Spielmann, Christian Thalmann (17)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 210/2024 (FD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Stabilisierung des Kantonalen Pensenbestandes (05.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Pensenbestand zeitnah auf dem aktuellen Niveau 2024 zu stabilisieren. Ausnahmen sind nur im Bereich Volksschule und Justizvollzug möglich, infolge höherer Schüler- bzw. Insassenzahlen.

Begründung 05.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Christian Thalmann, 2. Daniel Probst, 3. Markus Spielmann, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Michael Kummli, Barbara Leibundgut, Manuela Misteli, Stefan Nünlist, David Plüss, Martin Rufer, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler, Hansueli Wyss (18)

Stellungnahme RR: 05.05.2025

Stellungnahme FIKO: 11.06.2025

A 218/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Anpassung der Globalbudget-Steigerungen an das Wachstum der Steuereinnahmen (06.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, dafür zu sorgen, dass die Steigerung der Globalbudgets künftig maximal dem langfristigen Wachstum der Steuereinnahmen entspricht.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Thomas Wenger, 2. Matthias Borner, 3. Richard Aschberger, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx (16)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 02.04.2025 (schriftlich)

A 219/2024 (KR)

Auftrag Fraktion SVP: Leistungsorientierte Entlohnung der Solothurner Legislative (06.11.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, dem Kantonsrat eine Vorlage zur Anpassung des Geschäftsreglements des Kantonsrates von Solothurn, dem Parlament vorzulegen. Es soll dabei die Entschädigung nach § 34bis angepasst werden:

1. Mit der Grundentschädigung werden die Aufwendungen für Aktenstudium und private Infrastruktur etc. abgegolten.
2. Die Grundentschädigung beträgt für jedes Ratsmitglied 2000 Franken pro Jahr. Im Falle der Verabschiedung eines positiven Voranschlags (Ertragsüberschuss) für das Folgejahr fällt die Grundentschädigung um zusätzliche 2000 Franken aus.
3. Ratsmitglieder, die im Verlaufe des Jahres aus dem Rat ausscheiden oder neu eintreten, erhalten die Grundentschädigung pro rata ausbezahlt.

Begründung 06.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philippe Ruf, 2. Thomas Giger, 3. Kevin Kunz, Johannes Brons, Roberto Conti, Markus Dick, Walter Gurtner, Beat Künzli, Adrian Läng, Andrea Meppiel, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (16)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 223/2024 (VWD)

Auftrag Johanna Bartholdi (FDP.Die Liberalen, Egerkingen): Der Kanton Solothurn ist systemrelevant für die ganze Schweiz! Wir fordern eine entsprechende Entschädigung! (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, mit dem Bund, resp. den zuständigen Departementen/Bundesämtern eine jährliche Entschädigung des Bundes für den Kanton Solothurn auszuhandeln und diese auch dezidiert zu verlangen. Es ist dem Regierungsrat freigestellt, weitere Kantone, in denen ähnliche Ausgangslagen herrschen, einzubinden. Die anvisierte Grössenordnung für den Kanton Solothurn hat mindestens 18 Mio. Franken/Jahr zu betragen. Das Anliegen verfolgt dieselbe

Stossrichtung wie die Interpellation 24.4155 von Nationalrat Stefan Müller-Altermatt, eingereicht am 26.09.2024 an den Bundesrat.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Johanna Bartholdi, 2. Georg Lindemann, 3. Fabian Gloor, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Christian Ginsig, Michael Grimbichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Edgar Kupper, Barbara Leibundgut, Pierino Menna, Manuela Misteli, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, David Plüss, Daniel Probst, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Christian Thalmann, Benjamin von Däniken, Pascal Walther, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf (28)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme UMBAWIKO: 15.05.2025 (schriftlich)

A 225/2024 (DBK)

Auftrag Fraktion SVP: Keine Kleinstpensen an den Solothurner Schulen (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen Kleinstpensen (unter 30%) von Lehrpersonen bei den Schulen im Kanton Solothurn reduziert werden könnten.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Beat Künzli, 3. Roberto Conti, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 226/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Keine Kleinstpensen in der Solothurner Verwaltung (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, mit welchen Massnahmen Kleinstpensen (unter 40%) des Personals in der Solothurner Verwaltung reduziert werden können.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Roberto Conti, 3. Beat Künzli, Richard Aschberger, Johannes Brons, Markus Dick, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Werner Ruchti, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme FIKO: 02.04.2025 (schriftlich)

A 229/2024 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Effektive und sinnvolle Kontrolle der Gemeinden durch den Kanton (13.11.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die kantonale Gesetzgebung so anzupassen, dass der Kanton die Gemeinderechnungen nur noch auf die relevanten Zahlen für die entsprechenden Finanzausgleiche überprüft. Zudem ist der Prüfungsintervall für Sonderprüfungen auf mindestens sechs Jahre zu erhöhen. Durch den geringeren Prüfungsaufwand sind die Gebühren entsprechend zu senken.

Begründung 13.11.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Freddy Kreuchi, 3. Philipp Heri, Johanna Bartholdi, Johannes Brons, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Thomas Giger, Fabian Gloor, Michael Grim-bichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Michael Kummli, Edgar Kupper, Georg Lindemann, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Stephanie Ritschard, Martin Rufer, Christine Rützi, Patrick Schlatter, Jonas Walther, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (30)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 12.03.2025 (schriftlich)

A 240/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion FDP.Die Liberalen: Änderung von § 31 Abs. 1 des Gemeindegesetzes (11.12.2024)

§ 31 Abs. 1 sagt: Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung, des Gemeindeparlaments und des Gemeinderates sind in der Regel öffentlich. Dieser Paragraph ist wie folgt zu ergänzen. Die Verhandlungen der Gemeindeversammlung, des Gemeindeparlaments, des Gemeinderates und der Delegiertenversammlungen der Zweckverbände sind in der Regel öffentlich.

Begründung 11.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mark Winkler, 2. Christian Thalmann, 3. Georg Lindemann, Johanna Bartholdi, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Markus Dietschi, Thomas Fürst, David Häner, Christian Herzog, Freddy Kreuchi, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Stefan Nünlist, David Plüss, Daniel Probst, Martin Rufer, Markus Spielmann, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (20)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 21.05.2025 (schriftlich)

A 241/2024 (KR)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Vorgehen bei Stimmabgabe klar regeln (17.12.2024)

Die Ratsleitung wird beauftragt, die Gesetzgebung und/oder das Geschäftsreglement wie folgt anzupassen: Bei Abstimmungen soll das Abstimmungsverhalten der einzelnen Ratsmitglieder zwar laufend an der Wand angezeigt werden. Das Resultat (in Zahlen) jedoch erst nach Abschluss der Abstimmung (analog Nationalrat). Wird behauptet, dass bei Abstimmungen durch die Abstimmungsanlage nicht alle Stimmen gezählt worden sind, wird die Abstimmung nicht wiederholt, sondern die fehlenden Stimmendürfen mündlich nachgeliefert werden. Dies allerdings nur unmittelbar im Anschluss an die Abstimmung. Wenn sich ein Ratsmitglied nicht sofort meldet, spätestens wenn das Ergebnis verkündet wird, ist die Stimmenzählung vorbei und die Stimme zählt nicht.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Fabian Gloor, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Michael Grim-bichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Matthias Mer-Moreno, Pierino Menna, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, André Wyss (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 242/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Ergänzungsleistungen – persönliche Benachrichtigung von potentiell Anspruchsberechtigten von Amtes wegen (17.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt zu prüfen, ob und wie Menschen, die aufgrund der Steuerdaten Anspruch auf Ergänzungsleistungen (EL) haben könnten, in Zukunft direkt angeschrieben und über ihren möglichen Anspruch benachrichtigt werden sollen.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Urs Huber, 3. Matthias Racine, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: 22.04.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 21.05.2025
(schriftlich)

A 243/2024 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Anspruch auf Prämienverbilligung automatisch prüfen und Beiträge direkt ausbezahlen (17.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die rechtlichen Grundlagen betreffend individuelle Prämienverbilligung in der Krankenpflegeversicherung (IPVG) so anzupassen, dass der Anspruch von Versicherten automatisch geprüft und ausbezahlt wird. Um die Eigenverantwortung zu bewahren, soll ein freiwilliger Verzicht mit einem niederschweligen Opt-Out Verfahren aktiv angeboten werden.

Begründung 17.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. John Steggerda, 2. Matthias Racine, 3. Urs Huber, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: 22.04.2025 (schriftlich)

Stellungnahme SOGEKO: 21.05.2025 (schriftlich)

A 249/2024 (FD)

Auftrag Fraktion SVP: Sistierung Leistungsbonus (LEBO) ab 2026 (18.12.2024)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Betrag für die Leistungsboni der Verwaltung ab 2026 und während fünf Jahren zu sistieren.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Dick, 2. Johannes Brons, 3. Adrian Läng, Richard Aschberger, Roberto Conti, Tobias Fischer, Kevin Kunz, Beat Künzli, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 22.04.2025

Stellungnahme FIKO: 11.06.2025

A 252/2024 (BJD)

Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Keine Verzögerungen beim S-Bahn Viertelstundentakt im Birstal (18.12.2024)

Der Regierungsrat wird damit beauftragt, sich beim Bund und den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass das Wendegleis Aesch wie geplant bis 2028 realisiert wird und insbesondere, dass ab 2028 im Birstal ein Viertelstundentakt der S-Bahn angeboten wird. Sollte die zweite Forderung erst später umgesetzt werden können, wird der Regierungsrat damit beauftragt, bereits früher umsetzbare Kompensationsmassnahmen bei der SBB und beim Bund einzufordern. Diese könnten sein:

- Schnellzugshalt Dornach-Arlesheim (vgl. erheblich erklärten A 0235/2022 «Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Perspektive BAHN 2050 umsetzen: Ein Schnellzugshalt für Dornach-Arlesheim»)
- Drei statt vier S-Bahn-Züge pro Stunde und Richtung
- Viertelstundentakt in den Hauptverkehrszeiten
- S-Bahn-Verbindung von Aesch via Dornach und Münchenstein nach Muttenz

Weiter ist zu prüfen, ob dank dem Doppelspurausbau zwischen Grellingen und Duggingen der Viertelstundentakt bis Laufen weitergezogen werden kann.

Begründung 18.12.2024: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Daniel Urech, 3. David Häner, Anna Engeler, Simon Esslinger, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, Kuno Gasser, David Gerke, Michael Grimbichler, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Rebekka Matter-Linder, Christof Schauwecker (16)

Stellungnahme RR: 01.04.2025 (schriftlich)

Stellungnahme: 15.05.2025 (schriftlich)

A 026/2025 (FD)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): SNB-Ausschüttungen entpolitisieren (28.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen Mechanismus einzuführen, dass in Voranschlag und Rechnung des Kantons jeweils ein durchschnittlicher, grundsätzlich fixer und somit stabiler Betrag der SNB-Zahlungen berücksichtigt wird und nicht der effektiv erwartete beziehungsweise erhaltene.

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Michael Grimbichler, 3. Benjamin von Däniken, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Patrick Friker, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Matthias Meier-Moreno, Pierino Menna, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Patrick Schlatter, Sarah Schreiber, Thomas Studer (18)

Stellungnahme RR: 14.05.2024 (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 027/2025 (FD)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte - EVP: Wertschätzung für das Staatspersonal (28.01.2025)

Der Regierungsrat soll im Jahr 2025 für das Staatspersonal als Zeichen der Wertschätzung eine Einmalprämie von 1'000 Franken pro Mitarbeitenden (bei einem 100%-Pensum) entrichten. Sofern dafür neue rechtliche Grundlagen notwendig sind, sollen diese geschaffen werden.

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Edgar Kupper, 2. Patrick Friker, 3. Patrick Schlatter, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Michael Grimbichler, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Matthias Meier-Moreno, Pierino Menna, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Pascal Walther, André Wyss (21)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 030/2025 (DDI)

Auftrag Fraktion SVP: Asylnotstand ausrufen und die Asylkriminalität stoppen (28.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Asylnotstand auszurufen und die angemessenen Massnahmen einzuleiten, um die Lage wesentlich zu beruhigen.

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Matthias Borner, 2. Beat Künzli, 3. Andrea Meppiel, Richard Aschberger, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Adrian Läng, Stephanie Ritschard, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Christine Rütli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (14)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 033/2025 (DBK)

Auftrag Fraktionsübergreifend: Umwandlung von Lektionen der speziellen Förderung (SF) in Schulhilfe ermöglichen (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, den Primarschulen und der Sek I die Möglichkeit zu schaffen, nach Bedarf und klassenweise die Lektionen der speziellen Förderung (SF) in Schulhilfe umzuwandeln.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Andrea Meppiel, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Manuela Misteli, Richard Aschberger, Matthias Borner, Johannes Brons, Daniel Cartier, Markus Dick, Tobias Fischer, Kuno Gasser, Thomas Giger, Walter Gurtner, David Häner, Michael Kummler, Kevin Kunz, Beat Künzli, Edgar Kupper, Adrian Läng, Stefan Nünlist, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Martin Rufer, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas Studer, Sabrina Weisskopf, Thomas Wenger, Mark Winkler (29)

Stellungnahme RR: 29.04.2025

Stellungnahme: (schriftlich)

A 035/2025 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Volksschule von Sparmassnahmen betroffen: Pädagogischer ICT-Support weiterfinanzieren (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Massnahmenplan 2024 vom Regierungsrat beschlossene Massnahme «Ausserordentlicher Staatsbeitrag Volksschule: Pädagogischer ICT-Support (PICTS)» weiterzuführen und den Staatsbeitrag nicht vollständig zu senken.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Angela Petiti, 2. Mathias Stricker, 3. Philipp Heri, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Karin Kälin, Matthias Racine, Franziska Rohner, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (17)

Stellungnahme RR: 13.05.2025

Stellungnahme FIKO: 04.06.2025

A 036/2025 (DBK)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Volksschule von Sparmassnahmen betroffen: Keine Lektienkürzung auf der Primarstufe (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Massnahmenplan 2024 vom Regierungsrat getroffene Massnahme «Lektienkürzung auf der Primarstufe» aufzuheben.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Mathias Stricker, 2. Angela Petiti, 3. Philipp Heri, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Hardy Jäggi, Matthias Racine, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (17)

Stellungnahme RR: 13.05.2025

Stellungnahme FIKO: 04.06.2025

A 037/2025 (VWD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Förderung der Rehkitzrettung ab 2026 weiterführen (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Streichung der Förderung der Rehkitzrettung ab 2026 rückgängig zu machen.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Nadine Vögeli, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Mathias Stricker, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Angela Petiti, Matthias Racine, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 13.05.2025

Stellungnahme FIKO: 11.06.2025

A 038/2025 (BJD)

Auftrag Fraktion SP/junge SP: Aufhebung der ÖV-Plafonierung ab 2027 (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Plafonierung der Ausgaben für den öffentlichen Verkehr (ÖV) ab 2027 aufzuheben.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Philipp Heri, 2. Hardy Jäggi, 3. Silvia Fröhlicher, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Remo Bill, Simon Bürki, Simon Esslinger, Simon Gomm, Karin Kälin, Angela Petiti, Matthias Racine, Franziska Rohner, Christof Schauwecker, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli, Nicole Wyss (20)

Stellungnahme RR: 13.05.2025

Stellungnahme FIKO: 04.06.2025

A 039/2025 (DBK)

Auftrag Angela Petiti (SP, Solothurn): Selbstgesteuertes Arbeiten/Projektarbeit nicht reduzieren (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die im Massnahmenplan 2024 vom Regierungsrat getroffene Sparmassnahme «Staatsbeitrag Volksschule: minus 1 Lektion selbstgesteuertes Arbeiten/Projektarbeit bei Sek B+E 3. Klasse» aufzuheben.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Angela Petiti, 2. Remo Bill, 3. Nicole Wyss, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Karin Kälin, Franziska Rohner, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Nadine Vögeli (15)

Stellungnahme RR: 13.05.2025

Stellungnahme FIKO: 04.06.2025

A 046/2025 (DDI)

Auftrag Daniel Urech (Grüne, Dornach): Akut- und Übergangspflege tatsächlich umsetzen (29.01.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Angebot der Akut- und Übergangspflege im Sinne von Art. 25a Abs. 1 KVG durch die grundversorgenden Spitex-Organisationen und/oder die Heime beispielsweise durch Leistungsverträge flächendeckend sicherzustellen. Ausserdem sind die in den vergangenen zehn Jahren ungerechtfertigt den Gemeinden auferlegten Pflegekosten aus Akut- und Übergangspflege zu quantifizieren und zumindest teilweise auszugleichen.

Begründung 29.01.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Barbara Leibundgut, 3. Fabian Gloor, Richard Aschberger, Janine Eggs, Anna Engeler, Heinz Flück, Kuno Gasser, Christian Ginsig, Walter Gurtner, David Häner, Nicole Hirt, Susanne Koch Hauser, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Edgar Kupper, Rebekka Matter-Linder, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, Benjamin von Däniken (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0059/2025 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Überprüfung und Suspendierung der kantonalen Finanzierung des Bistumskonkordats (11.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Zahlungsverpflichtungen des Bistumskonkordats von 1828 (BGS 423.31; Übereinkunft der Stände Luzern, Bern, Solothurn und Zug betreffend die Organisation des Bistums Basel) zu überprüfen und zu suspendieren.

Begründung 11.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Nadine Vögeli, 3. David Plüss, Melina Aletti, Matthias Andereg, Richard Aschberger, Remo Bill, Janine Eggs, Simon Esslinger, Heinz Flück, Laura Gantenbein, David Gerke, Christian Ginsig, Simon Gomm, Walter Gurtner, Philipp Heri, Nicole Hirt, Hardy Jäggi, Kevin Kunz, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Angela Petiti, Matthias Racine, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Christof Schauwecker, John Steggerda, Luzia Stocker (28)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0062/2025 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Evaluation HarmoS-Konkordat (12.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich in der Konferenz der Erziehungsdirektoren für eine Evaluation des HarmoS-Konkordates einzusetzen.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Nicole Hirt, 2. Sabrina Weisskopf, 3. Manuela Misteli, Samuel Beer, Rea Engmeister, Christian Ginsig, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Thomas Lüthi, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Simone Rusterholz, Sarah Schreiber, Thomas Studer, Pascal Walter, Jonas Walther (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0063/2025 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Investitionsbeitrag ÜK-Zentrum MPA (12.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, in Absprache mit der Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte des Kantons Solothurn (GAeSO) einen einmaligen Investitionsbeitrag von 500'000 Franken für den Aufbau eines kantonalen Zentrums für überbetriebliche Kurse (ÜK) für Medizinische Praxisassistentinnen und -assistenten (MPA) bereitzustellen.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Kumkli, 2. Tamara Mühlemann Vescovi, 3. Nadine Vögeli, Melina Aletti, Markus Ammann, Matthias Anderegg, Hubert Bläsi, Daniel Cartier, Marlene Fischer, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, Simon Gomm, Philipp Heri, Hardy Jäggi, Barbara Leibundgut, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Manuela Misteli, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, David Plüss, Matthias Racine, Martin Rufer, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Christian Thalmann, Daniel Urech, Sabrina Weisskopf, Mark Winkler (32)

Stellungnahme RR: 29.04.2025

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0064/2025 (FD)

Auftrag Fraktion glp: Abzugsfähigkeit der energetischen Sanierungen im Gebäudebereich sicherstellen (12.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt sicherzustellen, dass Investitionen in energetische Sanierungen und in den Umweltschutz im Gebäudebereich steuerlich weiterhin abzugsfähig bleiben (Stufe Kanton und Gemeinde), auch nach einer möglichen Anpassung oder Abschaffung des Eigenmietwertes.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Samuel Beer, 2. Thomas Lüthi, 3. Jonas Walther, Christian Ginsig, Nicole Hirt, Simone Rusterholz (6)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0065/2025 (BJD)

Auftrag Fabian Gloor (Die Mitte, Oensingen): Positive Anreize für überregionale Wasserversorgungslösungen setzen (12.03.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, das Gesetz über Wasser, Boden und Abfall (GWBA) (§ 165 Abs. 1 lit.a) und/oder die Verordnung über Wasser, Boden und Abfall (VWBA) (§ 41 Abs. 2) so anzupassen, dass an Massnahmen des Wasserbaus von regionalem bzw. überregionalem Interesse Beiträge von bis zu 80 % geleistet werden können.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Fabian Gloor, 2. Susanne Koch Hauser, 3. Kuno Gasser, Karin Kissling (4)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0066/2025 (DBK)

Auftrag Mitte-Fraktion. Die Mitte-EVP: Brückenangebot Startpunkt Wallierhof; Aufhebung der Sparmassnahme D_DBK_02 (12.03.2025)

Der Kanton Solothurn finanziert das Brückenangebot Startpunkt Wallierhof weiterhin gemäss der aktuell geltenden Leistungsvereinbarung mit max. 38 Plätzen zum Vollzeittarif der Berufsfachschulvereinbarung BFSV. Die Massnahme: «D_DBK_02 Startpunkt Wallierhof, externes Brückenangebot, Anpassung der Leistungsvereinbarung, Reduktion der vom Kanton finanzierten Plätze» des kantonalen Massnahmenplans 2024 ist aufzuheben.

Begründung 12.03.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Patrick Friker, 2. Patrick Schlatter, 3. Edgar Kupper, Bruno Eberhard, Kuno Gasser, Fabian Gloor, Michael Grimbichler, Susanne Koch Hauser, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Thomas Studer, Benjamin von Däniken, Pascal Walter, André Wyss (17)

Stellungnahme RR: 13.05.2025

Stellungnahme FIKO: 04.06.2025

A 0107/2025 (DDI)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Anpassung Finanzierung häusliche Pflege (06.05.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Regelung der Finanzierung der häuslichen Pflege nach Sozialgesetz § 144bis wie folgt anzupassen/zu ergänzen:

- a) Das Gesetz soll eine (zusätzliche) Kürzung der Pflegekostenbeiträge der Gemeinden vorsehen, sofern die erbrachten Pflegeleistungen durch bei einer Spitex- oder ähnlichen Organisation angestellte pflegende Angehörige erbracht werden.
- b) Der Maximalabzug nach Absatz 6 soll erhöht werden (aktuell bei 40 %).

Begründung 06.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Fabian Gloor, 3. Patrick Friker, Jonas Bader, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Andrea Flury, Kuno Gasser, Andrea Heiri, Karin Kissling, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Patrick Schlatter, Thomas Studer (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0108/2025 (STK)

Auftrag André Wyss (EVP, Rohr): Faire Wahlen (06.05.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen so anzupassen, dass

- gleichzeitig mit den Kantonsratswahlen keine kommunalen Wahlen stattfinden dürfen;
- die Fristen so gesetzt werden müssen, dass bei der Einreichung der Listen/Kandidaturen für die kommunalen Wahlen die Resultate der Kantonsratswahlen bekannt sind.

Begründung 06.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. André Wyss, 2. Patrick Friker, 3. Karin Kissling, Jonas Bader, Bruno Eberhard, Rea Eng-Meister, Andrea Flury, Fabian Gloor, Michael Grimbichler, Andrea Heiri, Edgar Kupfer, Matthias Meier-Moreno, Tamara Mühlemann Vescovi, Georg Nussbaumer, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, David Plüss, Patrick Schlatter, Thomas Studer (19)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0115/2025 (DBK)

Auftrag Bildungs- und Kulturkommission: Reduktion von Sonderschulplätzen – Kinder der des ersten Zyklus besuchen grundsätzlich die Regelklassen ihres Aufenthaltsorts (07.05.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Volksschule folgendermassen weiterzuentwickeln:

1. Klassen an Sonderschulen ohne Sonderschulstatus (SpezA VK) – insbesondere für normalbegabte Regelschüler und –schülerinnen mit schwierigem Verhalten des ersten Zyklus – sind mittelfristig aufzuheben. Die betroffenen Kinder besuchen ihre angestammte Schule des Aufenthaltsorts.
2. Einen Teil der durch die Aufhebung dieser Klassen freiwerdenden Mittel werden aus den Fachzentren an die Regelschulen verschoben. Der andere Teil wird zur Kostenminimierung/-senkung bei den kantonalen Spezialangeboten verwendet.
3. Der erste Zyklus ist so organisiert, dass er den in diesem Alter zwar normalen, aber sehr grossen Entwicklungsunterschieden der Kinder angemessen gerecht wird. Diese Organisation kann in Form einer Grund-/ oder Basisstufe erfolgen.
4. Die Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schülern sind mit geeigneten Massnahmen einzubeziehen.
5. Die betroffenen Klassen bzw. Schulen werden mit geeigneten Massnahmen, bspw. in Form von zusätzlichen Personalressourcen oder reduzierten Klassengrössenvorgaben, unterstützt.
6. Der Systemwechsel erfolgt nach einer Pilotphase.
7. Das Departement regelt die Einzelheiten.

Begründung 07.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Roberto Conti, 2. Janine Eggs, 3. Michael Kumkli, Silvia Fröhlicher, Beat Künzli, Marco Lupi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Andrea Meppiel, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Christine Rützi, Mathias Stricker, Nicole Wyss (15)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0116/2025 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Kinder schützen, Hundegesetzgebung verschärfen (07.05.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Gesetzgebung über die Hundehaltung zu verschärfen und dem Kantonsrat Lösungen zu unterbreiten, um den Schutz von Menschen, namentlich Kindern, und Tieren vor Hundeattacken zu gewährleisten. Bei seinen Vorschlägen soll der Regierungsrat je nach Ausgang der Volksabstimmung über die Teilrevision des Hundegesetzes mindestens die folgenden Massnahmen in Erwägung ziehen:

- Ergänzung der Liste bewilligungspflichtiger Hunde (§ 3 Hundeverordnung) auf weitere Hunde mit erhöhtem Gefährdungspotential, namentlich Miniatur-Bullterrier, Bullmastiff u.a.;

- Schaffung konsequenter, präventiver Handlungsmöglichkeiten bei bekannten Problemhunden und -halterinnen und -haltern;
 - Prüfung der kantonalen Wiedereinführung des Sachkundenachweises oder einer anderen Eignungsprüfung, mindestens für die Halter und Halterinnen von Listenhunden;
 - Ausdehnung der Leinenpflicht auf weitere Gebiete, wie Siedlungsgebiet, Spielplätze und Schulhäuser;
 - Prüfung eines Rassenverbots für Hunde mit besonderem hohem Gefährdungspotential;
 - Verbot des Verbringens gewisser Rassen ins Kantonsgebiet;
 - Klärung der Doppelzuständigkeit Oberamt und Veterinäramt;
 - Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für den Zutritt in Liegenschaften bei Gefährdung von Personen;
 - Sicherstellung der Einhaltung der Pflicht zum Abschluss einer Haftpflichtversicherung;
 - Prüfung weiterer Massnahmen durch den Regierungsrat.
- Begründung 07.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Markus Spielmann, 2. Nadine Vögeli, 3. Nicole Hirt, Markus Boss, Markus Dick, Kuno Gasser, David Häner, Andrea Heiri, Freddy Kreuchi, Michael Kummli, Edgar Kupper, Georg Lindemann, Thomas Lüthi, Manuela Misteli, Daniel Nützi, Stephanie Ritschard, Simone Rusterholz, Patrick Schlatter, Thomas Studer, Mark Winkler (20)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

0118/2025 (FD)

Auftrag Fraktion Grüne: Referendumsschwellen und Finanzkompetenzen überprüfen (14.05.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, zu prüfen, ob die in der Kantonsverfassung festgelegten finanziellen Schwellen für das obligatorische und das fakultative Referendum noch sachgerecht sind. Dabei sind im Vergleich mit anderen Kantonen auch die Finanzkompetenzen von Regierungs- und Kantonsrat einer Überprüfung zu unterziehen.

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Daniel Urech, 2. Heinz Flück, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, David Gerke, Rebekka Matter-Linder (9)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0119/2025 (FD)

Auftrag Fraktion GRÜNE: Angleichung der Schwellen für Finanzreferenden

Die Schwellen für die fakultativen und obligatorischen Finanzreferenden der allgemeinen Staatsrechnung und der Spezialfinanzierungen sind in der Höhe anzugleichen.

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Daniel Urech, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, David Gerke, Rebekka Matter-Linder (9)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0123/2025 (DBK)

Auftrag fraktionsübergreifend: Investitionsbeitrag Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (SOdAS) sicherstellen (14.05.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, einen einmaligen Beitrag in der Höhe von 3,25 Mio. Franken für das Bildungszentrum Gesundheit und Soziales in Zuchwil bereitzustellen. Dieser Beitrag orientiert sich an den «Richtlinien für die Bemessung der Investitionsbeiträge des Kantons Solothurn» des Amtes für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen (ABMH) in Absprache mit der Stiftung OdA Gesundheit und Soziales (SOdAS). Das Bildungszentrum SOdAS bietet die überbetrieblichen Kurse (üK) an für folgende Berufe: «Fachfrau/Fachmann Gesundheit EFZ», «Fachfrau/Fachmann Betreuung Menschen mit Beeinträchtigung EFZ», «Fachfrau/Fachmann Betreuung Kinder EFZ», «Assistenten/Assistentinnen Gesundheit und Soziales EBA», sowie Mandate mit der Ausbildungsverantwortung für «Pflegefachfrauen/-männer Höhere Fachschule» (inkl. LTT-P).

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Michael Kumpli, 2. Hardy Jäggi, 3. Richard Aschberger, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Jonas Bader, Remo Bill, Ida Boos, Bruno Eberhard, Anna Engeler, Marlene Fischer, Heinz Flück, Andrea Flury, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Simon Gomm, Andrea Heiri, Philipp Heri, Urs Huber, Stefanie Ingold, Karin Kälin, Susanne Koch Hauser, Edgar Kupper, Rebekka Matter-Linder, Manuela Misteli, Tamara Mühlemann Vescovi, Luc Nünlist, Daniel Nützi, Angela Petiti, Matthias Racine, Martin Rufer, Roger Spichiger, John Steggerda, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bettina Widmer, Nicole Wyss (40)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0124/2025 (DDI)

Auftrag Janine Eggs (Grüne, Dornach): Monitoring zu sexualisierter Gewalt (14.05.2025)

Der Regierungsrat wird beauftragt, ein Monitoring zu sexualisierter Gewalt aufzubauen. Das Monitoring soll aufzuzeigen, wo im Kanton vertiefter Handlungsbedarf besteht und es soll als Grundlage für gezielte Präventions-, Bildungs- und Schutzmassnahmen dienen sowie als Sensibilisierung der Öffentlichkeit.

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Marlene Fischer, 3. Myriam Frey Schär, Melina Aletti, Anna Engeler, Heinz Flück, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Andrea Heiri, Philipp Heri, Urs Huber, Hardy Jäggi, Rebekka Matter-Linder, Sandra Morstein, Luc Nünlist, Angela Petiti, Matthias Racine, John Steggerda, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bettina Widmer (22)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0125/2025 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Umsetzung von erheblich erklärten Vorstössen – Ladeinfrastruktur für Elektromobilität fördern (14.05.2025)

Die Regierung wird beauftragt, den nachfolgend genannten Vorstoss im Rahmen der Überarbeitung des Energiegesetzes erneut zu berücksichtigen und umzusetzen:

- A 0240/2021 «Auftrag Marlene Fischer (Grüne, Olten): Ladeinfrastruktur für Elektromobilität fördern» vom 8. Dezember 2021.

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Fabian Gloor, 3. Hardy Jäggi, Melina Aletti, Samuel Beer, Markus Boss, Anna Engeler, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Philipp Heri, Christian Herzog, Urs Huber, Karin Kissling, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Tamara Mühlemann Vescovi, Luc Nünlist, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Daniel Probst, Matthias Racine, John Steggerda, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bettina Widmer (31)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0126/2025 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Umsetzung von erheblich erklärten Vorstössen – Biogas (14.05.2025)

Die Regierung wird beauftragt, den nachfolgend genannten Vorstoss im Rahmen der Überarbeitung des Energiegesetzes erneut zu berücksichtigen und umzusetzen:

- A 017/2012 «Auftrag Urs Allemann (CVP, Rüttenen): Erweiterung der Standardlösungen für den Nachweis des Wärmeschutzes bei Neubauten auf Biogas» vom 25. Januar 2012.

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Fabian Gloor, 3. Hardy Jäggi, Melina Aletti, Samuel Beer, Anna Engeler, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Philipp Heri, Karin Kissling, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Tamara Mühlemann Vescovi, Luc Nünlist, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Daniel Probst, Matthias Racine, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bettina Widmer (27)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

A 0127/2025 (VWD)

Auftrag fraktionsübergreifend: Umsetzung von erheblich erklärten Vorstössen – Eigenstromerzeugung bei Neubauten (14.05.2025)

Die Regierung wird beauftragt, den nachfolgend genannten Vorstoss im Rahmen der Überarbeitung des Energiegesetzes erneut zu berücksichtigen und umzusetzen:

- A 0044/2022 «Auftrag Hardy Jäggi (SP, Rechterswil): Eigenstromerzeugung bei Neubauten» vom 23. März 2022.

Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Hardy Jäggi, 3. Fabian Gloor, Melina Aletti, Samuel Beer, Simon Bürki, Anna Engeler, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Laura Gantenbein, David Gerke, Simon Gomm, Philipp Heri, Christian Herzog, Urs Huber, Karin Kissling, Barbara Leibundgut, Marco Lupi, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Tamara Mühlemann Vescovi, Luc Nünlist, Georg Nussbaumer, Michael Ochsenbein, Daniel Probst, Matthias Racine, John Steggerda, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Bettina Widmer (32)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

Stellungnahme: (schriftlich)

X. Interpellationen

I 214/2024 (BJD)

Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Update zu per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) im Kanton Solothurn? (05.11.2024)

Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) – sogenannte Ewigkeitschemikalien oder «forever chemicals» – sind überall. In den 1940er-Jahren entwickelt, kommen sie bereits seit Jahrzehnten in allen möglichen Bereichen zum Einsatz: beispielsweise in Feuerlöschschäumen, Bratpfannen oder Imprägniermitteln. Durch industrielle Prozesse, aber auch durch Düngung mit kontaminiertem Klärschlamm oder Feuerwehrlösungen gelangen PFAS in die Umwelt. Von der Umwelt gelangen sie via Trinkwasser und Nahrungsmittel in die menschlichen Körper, wo sie bei jedem Menschen im Blut zu finden sind.

PFAS machen aktuell fast überall in der Schweiz Schlagzeilen: Fast täglich gibt es Meldungen, dass die Stoffgruppe der «Ewigkeitschemikalien» in Lebensmitteln, Böden oder im Trinkwasser festgestellt wurde. Sei es in Fleisch und Fisch in St. Gallen oder den beiden Basel. Immer mehr Kantone führen Untersuchungen auf PFAS durch – zuletzt hat der Kanton Bern Bodenuntersuchungen wegen Klärschlamm angekündigt.

Dabei ist die Erkenntnis, dass PFAS in der Umwelt ein Problem sein könnten, nicht so neu, wie es in den Medien scheint: Schon 2007/2008 wurde in der Schweiz das Grundwasser im Rahmen der Nationalen Grundwasserbeobachtung (NAQUA) auf PFAS untersucht. Schon damals wurden in 21 der 49 beprobten Messstellen PFAS festgestellt⁵. 2019 fand in Solothurn ein erstes Symposium von Fachleuten zum Thema PFAS statt.

Mit I 0220/2021 «Interpellation Marlene Fischer (Grüne, Olten): Per- und Polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) im Kanton Solothurn?» (10.11.2021) wurde bei der Regierung im Jahr 2021 nach Wissensstand und Handlungsbedarf bezüglich PFAS gefragt. Damals schätzte die Regierung den Wissensstand gering ein und man konnte den Handlungsbedarf nicht einschätzen.

In der Zwischenzeit haben Kantone, die proaktive PFAS-Untersuchungen eingeleitet haben, Erfahrungen mit PFAS gesammelt. Aber auch der Kanton Solothurn wurde bei der Stadtmistsanierung von PFAS «überrascht».

Bei der Bevölkerung im Kanton Solothurn herrscht Verunsicherung. Wie bei uns der Wissensstand und der Handlungsbedarf bezüglich PFAS aussieht, ist der Öffentlichkeit wenig bekannt.

Der Regierungsrat wird deshalb um ein Update zu folgenden Fragen gebeten:

1. Was ist bekannt über PFAS-Verschmutzung in der Umwelt? Insbesondere im Grundwasser, Oberflächengewässer und Boden («Humus») im Kanton Solothurn?
2. Was ist bekannt über die PFAS-Verschmutzung des Trinkwassers im Kanton Solothurn?
3. Was ist bekannt über die PFAS-Verschmutzung in Lebensmitteln im Kanton Solothurn?
4. Was ist bekannt über mögliche PFAS-Quellen im Kanton Solothurn? Insbesondere Feuerwehrlösungsplätze, Klärschlammausbringung, ARAs und Industrie?
5. Wie schätzt die Regierung den aktuellen Wissensstand bezüglich PFAS im Kanton Solothurn ein?
6. Was wird aktuell hinsichtlich der PFAS-Verschmutzung im Kanton Solothurn unternommen? Welchen weiteren Handlungsbedarf sieht die Regierung?
7. Welche finanziellen Risiken bergen PFAS für den Kanton Solothurn?
8. Wie plant die Regierung, die Öffentlichkeit über PFAS zu informieren?

Begründung 05.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Laura Gantenbein, 3. Christof Schauwecker, Melina Aletti, Markus Ammann, Remo Bill, Anna Engeler, Simon Esslinger, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, Silvia Fröhlicher, Christian Ginsig, Philipp Heri, Karin Kälin, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Angela Petiti, Matthias Racine, John Steggerda, Mathias Stricker, Daniel Urech, Nicole Wyss (22)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

I 227/2024 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Fluchtverkehrsreduktionspotential durch Herabsetzung der Höchstgeschwindigkeit in Ortsdurchfahrten (13.11.2024)

Um den Fluchtverkehr durch die Gemeinden, welcher im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 entstehen könnte, zu verhindern bzw. minimieren, hat der Regierungsrat verschiedene Massnahmen beschlossen. Die temporäre Einführung von Tempo 30-Strecken durch die Gemeinden, welche von Fluchtverkehr betroffen sein können, ist dabei keine der vom Regierungsrat vorgesehenen Massnahmen.

Gerne stelle ich in diesem Zusammenhang folgende Fragen:

1. Welches sind die Strategien des Regierungsrates, die negativen Auswirkungen (Lärm, Umweltbelastung, Sicherheit) des Fluchtverkehrs, welcher auch trotz den getroffenen Massnahmen bleibt, für die betroffenen Gemeinden, deren Einwohnenden und andere Benützende des Strassenraumes, insbesondere Fussgänger und Fussgängerinnen, Schulkinder und Velofahrer und Velofahrerinnen abzufedern?
2. Wieso ist die Herabsetzung der Geschwindigkeit in Ortsdurchfahrten als Mittel zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 nicht als Massnahme vorgesehen?
3. Was spricht aus Sicht des Regierungsrates dagegen, die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten in diesem Zusammenhang einzuführen?
4. Wurde die Reduktion der Geschwindigkeit durch Ortsdurchfahrten im Zusammenhang mit der Reduktion von Fluchtverkehr geprüft? Was war das Ergebnis dieser Prüfung?
5. Sofern eine solche Prüfung nicht durchgeführt wurde, ist der Regierungsrat bereit, diese kostengünstige und effiziente Massnahme zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1 zu prüfen und gegebenenfalls zusätzlich zu den bereits vorgestellten Massnahmen einzuführen?
6. Wie hoch schätzt der Regierungsrat das Fluchtverkehrsreduktionspotential eines angepassten Temporegimes (Tempo 30) ein?
7. Wie hoch werden die Kosten einer solchen Massnahme eingeschätzt?
8. Inwiefern wurden die betroffenen Gemeinden, Verkehrs- und Umweltschutzorganisationen (welche?) angehört bei der Ausarbeitung der Massnahmen zur Reduktion des Fluchtverkehrs im Zusammenhang mit dem Ausbau der A1?

Begründung 13.11.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Laura Gantenbein, 3. Heinz Flück, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (7)

Stellungnahme RR: 25.02.2025 (schriftlich)

I 250/2024 (BJD)

Interpellation Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Mehr ÖV für die Tourismusregion Weissenstein (18.12.2024)

Der Weissenstein ist nicht nur der Solothurner Hausberg, sondern auch eines der wichtigsten touristischen Ziele des Kantons Solothurn und entsprechend im kantonalen Richtplan gewürdigt. Mit der Bahnlinie Solothurn-Moutier, der Linie 1 der BSU sowie der Seilbahn Weissenstein ist der Weissenstein bereits gut an den öffentlichen Verkehr angebunden.

Die verschiedenen öffentlichen Verkehrsmittel sind jedoch noch nicht optimal miteinander vernetzt. So endet beispielsweise die Linie 1 der BSU im Dorf Oberdorf und wird nicht bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn Weissenstein geführt. Eine Weiterführung der Linie 1 der BSU würde sowohl den Bahnhof als auch die Seilbahn besser in die ÖV-Landschaft der Agglomeration Solothurn einbinden.

Die Integration der Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund Libero und in den GA-Geltungsbereich stellt eine weitere Möglichkeit dar, den Weissenstein besser ins ÖV-Netz einzubinden und würde insbesondere für die gastronomischen Angebote und Anlässe auf dem Weissenstein einen Vorteil darstellen. In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Stellungnahme zu folgenden Fragen:

1. Wie setzt der Regierungsrat die Grundsätze zum touristischen Gebiet Weissenstein-Balmberg, welches im Kantonalen Richtplan L-5 (Gebiete und Vorhaben für Freizeit, Sport und Erholung) definiert ist, um?
2. Wie sieht die Entwicklungsstrategie des Regierungsrats für diese Region aus?
3. Was müsste unternommen werden, damit die Linie 1 der BSU bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn geführt wird?
4. Welche Vorteile sieht der Regierungsrat für die Tourismusregion Weissenstein-Balmberg mit einer Verlängerung der Linie 1 der BSU bis zum Bahnhof Oberdorf bzw. der Talstation der Seilbahn?
5. Was müsste unternommen werden, um die Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund bzw. den GA-Geltungsbereich einzugliedern?
6. Welche Vorteile sieht der Regierungsrat für die Tourismusregion Weissenstein-Balmberg bei einer Eingliederung der Seilbahn Weissenstein in den Tarifverbund bzw. den GA-Geltungsbereich?

Begründung 18.12.2024: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. Heinz Flück, 3. Anna Engeler, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, Laura Gantenbein, David Gerke, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (10)

Stellungnahme RR: 18.02.2025 (schriftlich)

I 028/2025 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Solothurner Gebäudeversicherung (SGV) ohne Aufsichtsorgan und mit fragwürdiger Ausschreibung – Klarheit schaffen! (28.01.2025)

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Zusammenhang mit der Solothurner Gebäudeversicherung (SGV) nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Das Stelleninserat für den Verwaltungsrat weicht in wesentlichen Punkten vom in der kassierten Verordnung festgelegten Anforderungsprofil ab, beispielsweise in Bezug auf Bau und Informatik/Digitalisierung. Warum entscheidet sich der Regierungsrat, von einem im Kantonsrat völlig unbestrittenen Anforderungsprofil abzuweichen?
2. Der Regierungsrat plant, den Verwaltungsrat bis Ende Februar zu wählen. Damit bleiben für die gesamte Personalselektion lediglich sechs Wochen Zeit. Wie soll in dieser kurzen Zeit eine gründliche und seriöse Personalauswahl gewährleistet werden? Wie genau gestaltet sich der Rekrutierungsprozess?
3. Die Pflicht zur öffentlichen Ausschreibung und die Festlegung einer angemessenen Berücksichtigung der Interessengruppen müssen in der Verordnung explizit verankert sein. Bislang liegt dem Kantonsrat keine entsprechend angepasste Verordnung vor. Wie kommt der Regierungsrat dazu, einen Verwaltungsrat zu wählen, dessen Anforderungsprofil sowie Zusammensetzung einem faktischen Genehmigungsvorbehalt des Kantonsrates untersteht?
4. Seit dem 1. Januar 2025 verfügt die SGV über kein strategisches Aufsichtsorgan mehr. Welche gesetzliche Grundlage ermächtigt den Regierungsrat, dringliche Verfügungen und Entscheidungen zu treffen? Auf welcher Rechtsgrundlage wurde die Vereinbarung zwischen dem Regierungsrat und der Geschäftsleitung der SGV erstellt?
5. Wie hoch waren die bisherigen Kosten für die externe Begleitung des Besetzungsprozesses, und mit welchen zusätzlichen Kosten ist noch zu rechnen?

Begründung 28.01.2025: schriftlich.

Während der Dezember-Session 2024 hat eine Mehrheit des Parlaments dem Einspruch/Veto der SVP-Fraktion gegen die Gebäudeversicherungsverordnung zugestimmt. Ein Hauptanliegen des Vetos war der intransparente Besetzungsprozess des Verwaltungsrats. Im Parlament herrschte Einigkeit darüber, dass die entsprechenden Stellen zwingend öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Die kantonsrätliche Debatte kritisierte jedoch nicht die Wahl des Verwaltungsrats auf Basis eines in der Verordnung festgelegten Kompetenzprofils. Umso überraschender war es, dass das veröffentlichte Stelleninserat für den Verwaltungsrat von diesem Kompetenzprofil abwich. Mittlerweile ist das neue Gebäudeversicherungsgesetz am 1. Januar 2025 in Kraft getreten. Mit dessen Inkrafttreten wurde die bisherige Verwaltungskommission, die bis Ende 2024 als Aufsichtsgremium fungierte, aufgelöst. Der Besetzungsprozess für den im neuen Gesetz vorgesehenen Verwaltungsrat ist jedoch noch nicht abgeschlossen, sodass die SGV aktuell ohne strategisches Aufsichtsorgan dasteht. Laut einem Artikel der Solothurner Zeitung vom 9. Januar 2025 werden strategisch und präjudiziell bedeutende Entscheide aufgrund des unbesetzten Verwaltungsrats aufgeschoben. Dies soll angeblich schriftlich vereinbart worden sein. Zudem wird berichtet, dass dringliche Verfügungen oder Entscheidungen von der Volkswirtschaftsdirektorin Brigit Wyss getroffen werden.

Begründung der Dringlichkeit:

Die offenen Fragen zum rechtswidrigen Zustand aufgrund des fehlenden Aufsichtsorgans sowie zum fragwürdigen Ausschreibungs- und Besetzungsprozess müssen dringend geklärt werden und erfordern eine Meinungsäusserung des Kantonsrats.

Unterschriften: 1. Adrian Läng, 2. Markus Dick, 3. Tobias Fischer, Matthias Borner, Johannes Brons, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Beat Künzli, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Philippe Ruf, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (17)

Stellungnahme RR: 18.02.2025 (schriftlich)

I 029/2025 (VWD)

Interpellation Fraktion SVP: Gebäudeschätzer der SGV – fahrlässige Vernichtung von langjährigem Knowhow (28.01.2025)

Die Gebäudeversicherung (SGV) beschäftigt hauptamtliche und nebenamtliche Gebäudeschätzer. Diese wurden seit Jahren bei Vorliegen der entsprechenden fachlichen Kenntnis nach einem freiwilligen politischen Proporz durch die Verwaltungskommission der SGV gewählt. Dieses Vorgehen gewährleistete sowohl fachliches Knowhow wie auch regionale Verankerung. Mit dem ab 01.01.2025 in Kraft getretenen Gebäudeversicherungsgesetz kommt man bewusst von diesem System ab. Man will die Schätzer und Schätzerinnen allein nach fachlichen Kriterien auswählen und dabei ermöglichen, dass die nebenamtlichen Schätzer und Schätzerinnen ihre Funktion sowohl als Angestellte wie auch im Mandatsverhältnis ausüben können. Damit will man auf das Knowhow der sehr vielen, in der Regel als selbstständig tätigen Architekten entgegenkommen. Die (vorläufig kassierte) Verordnung nimmt dieses Anliegen gesetzestreu auf und der Regierungsrat betont in seinen Erläuterungen zum entsprechenden § 2 (RRB 2024/1562): «Die nebenamtlichen Fachpersonen aus der Schätzungsregion sind beruflich in der Regel als Selbstständigerwerbende auf Mandatsbasis tätig. Soweit sie für die SGV tätig sind, kann sich je nach Pensum und weiteren Umständen auch eine Anstellung aufdrängen. Es muss der SGV entsprechend offenstehen, die nebenamtlichen Fachpersonen im Auftrags- wie auch im Anstellungsverhältnis beizuziehen, je nachdem, welche Variante sich insgesamt als zweckmässiger erweist.». Umso überraschter sind wir nun, dass die entsprechenden Mandate pro Region per Submissionsverfahren im Einladungsverfahren ausgeschrieben worden sind und dabei nur Unternehmen berücksichtigt werden sollen. Das widerspricht aus unserer Sicht klar den Erläuterungen zu Gesetz und Verordnung, wo immer von Fachpersonen und nicht von Unternehmen die Rede war. Wir haben bereits mehrere negative Rückmeldungen von bisherigen Schätzern erhalten, die am Verfahren erst gar nicht teilgenommen haben oder ausgeschlossen worden sind, weil sie sich nicht als Firma beworben haben. In diesem Zusammenhang stellen sich uns folgende Fragen:

1. Wer hat das gewählte Vorgehen (Submissionsverfahren) beschlossen?
2. Warum wurde entschieden, lediglich Unternehmen und keine Einzelpersonen oder allenfalls Bietergemeinschaften (etwa zwei bisherige Schätzer, die gegenseitig als Stellvertretungen fungieren)?
3. Wer wurde im Rahmen dieses Einladungsverfahrens zur Offertstellung eingeladen?
4. Wer entscheidet über die Vergabe der Mandate?
5. Teilt der Regierungsrat unsere Auffassung, dass es sich bei den Schätzern und Schätzerinnen um eine behördliche Funktion handelt?
6. Wenn ja: Wo findet sich die Rechtsgrundlage für die gemäss Ausschreibung verlangte Stellvertreterfunktion?
7. Teilt der Regierungsrat unsere Auffassung, dass behördliche Funktionen in der Regel für eine Amtsperiode von vier Jahren mit Beginn am 1. August des kantonalen Wahljahres gewählt werden?
8. Wenn ja:
 - 8.1 Weshalb wurden die bis zum 31. Juli 2025 gewählten Schätzer und Schätzerinnen kalt des Amtes enthoben?
 - 8.2 Wo findet sich die gesetzliche Grundlage, die Dauer der zu vergebenden Mandate auf zwei Jahre zu beschränken?
 - 8.3 Wo findet sich die gesetzliche Grundlage, die Mandate bereits ab 1. Januar 2025 beginne zu

lassen?

9. Hält es der Regierungsrat für opportun, solch politisch heikle Mandatsvergaben ohne gewähltes Aufsichtsorgan durchführen zu lassen?
10. Hält es der Regierungsrat für opportun, künftig die heiklen und auch steuerrechtlich relevanten Gebäudeschätzungen durch auf zwei Jahre mandatierte Unternehmen anstatt durch persönlich verantwortliche Fachpersonen durchführen zu lassen?
11. Wie hoch erachtet der Regierungsrat den Knowhow-Verlust durch das gewählte Vorgehen?
12. Ist der Regierungsrat bereit, zu intervenieren und darauf hinzuwirken, dass das Submissionsverfahren – das anscheinend noch nicht abgeschlossen ist – abubrechen?

Begründung der Dringlichkeit:

Das angesprochene Submissionsverfahren ist noch im Gang. Eine Meinungsäusserung des Kantonsrates in dieser Sache ist deshalb dringlich, ansonsten vollendete Tatsachen geschaffen werden.

Begründung 28.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Adrian Läng, 2. Markus Dick, 3. Beat Künzli, Johannes Brons, Tobias Fischer, Thomas Giger, Walter Gurtner, Kevin Kunz, Andrea Meppiel, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Philippe Ruf, Christine Rütli, Silvia Stöckli, Thomas Wenger (15)

Stellungnahme RR: 18.02.2025 (schriftlich)

I 032/2025 (FD)

Interpellation Heinz Flück (Grüne, Solothurn): Sparpaket des Bundes: Welche Auswirkungen sind für den Kanton zu erwarten? (29.01.2025)

Im Herbst 2024 hat der Bundesrat auf der Grundlage des Expertenberichts Gaillard ein drastisches Sparpaket in Aussicht gestellt. Insbesondere die Bereiche Umwelt und Klima, soziale Wohlfahrt sowie Bildung und Forschung sind von massiven Sparmassnahmen betroffen. Im Bericht werden viele der Kürzungen mit einer Entflechtung der Aufgabenbereiche von Bund und Kantonen gerechtfertigt. Faktisch bedeutet das Sparpaket jedoch in vielen Bereichen eine Kostenverschiebung vom Bund hin zu den Kantonen oder eine Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen. Dies kann erhebliche negative Auswirkungen auf die Finanzen und die Bevölkerung des Kantons Solothurn haben. Konkret wäre unser Kanton u.a. von folgenden Sparmassnahmen betroffen: Kürzungen beim Regionalverkehr, beim Bundesbeitrag an die Integrationspauschale, an die Prämienverbilligung, die Kinderbetreuung sowie vom kompletten Wegfall des soziodemographischen Lastenausgleichs.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Werden die Kürzungen beim Regionalverkehr, wenn sie sich durchsetzen, zu höheren Ticketpreisen oder einem Abbau im öffentlichen Verkehr führen, z.B. zu einer Streichung von Buslinien?
2. Wie werden eventuelle Mehrausgaben des Kantons abgedeckt, wenn die Integration von Asylsuchenden in den Arbeitsmarkt doch nicht so rasch vonstattengeht wie vom Bund vorgesehen?
3. Wie hoch wären die Einnahmeausfälle, die dem Kanton durch den Wegfall des soziodemographischen Lastenausgleichs entstehen würden? Wie sollen diese Einnahmeverluste kompensiert werden?
4. Ergeben sich aus dem Sparpaket sonstige Sparmassnahmen, von denen unser Kanton besonders betroffen ist? Wenn ja, mit welchen Auswirkungen?
5. Was ist die Strategie des Kantons, wenn das Sparpaket in seiner jetzigen Form verabschiedet wird? Wie hoch sind die Mehrausgaben oder die Einnahmeverluste insgesamt, die dem Kanton durch die einzelnen Massnahmen und das Sparpaket insgesamt entstehen?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Heinz Flück, 2. Rebekka Matter-Linder, 3. Christof Schauwecker, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke (7)

Stellungnahme RR: 05.05.2025

I 043/2025 (DDI)

Interpellation Adrian Läng (SVP, Horriwil): Auswirkungen der Revision der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) auf den Kanton Solothurn (29.01.2025)

Am 1. Juni 2024 hat die World Health Assembly (WHA) weitreichende Änderungen an den Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) beschlossen. Diese treten nach 12 Monaten, am 1. Juni 2025, automatisch in Kraft, es sei denn, der Bundesrat nutzt bis zum 31. März 2025 sein «Opting-out»-Recht. Der Bundesrat hat dieses Recht am 14. November 2024 zwar wahrgenommen, was jedoch nicht bedeutet, dass die Schweiz die Änderungen endgültig ablehnt. Vielmehr wird dadurch der demokratische Prozess ermöglicht, sodass das Parlament über die Änderungen entscheiden und die Vorlage einem Referendum unterstellen kann.

Die IGV-Revision ist weitreichend und keineswegs bloss technisch-administrativer Natur. Sie beinhaltet Kompetenzverzicht und neue Pflichten zulasten der Kantone im Bereich öffentliche Gesundheit und Volkswirtschaft. Den Kantonen werden Verpflichtungen mit grosser finanzieller Tragweite auferlegt: Massive Aufstockung der Kapazitäten in den Bereichen Überwachung (Tests, Analysen), Kontrollmassnahmen gegenüber der eigenen Bevölkerung, Einkauf von Pandemieprodukten gemäss WHO-Vorgaben (inkl. experimenteller Arzneimittel) sowie Beiträge an internationale Finanzierungsmechanismen. Diese völkerrechtlichen Verpflichtungen der Kantone sind weitgehend rechtsverbindlich (Annex 1: «Kernkapazitäten»), ohne dass den Kantonen Kontroll-, Korrektur- oder Widerspruchsmöglichkeiten gegenüber der WHO zustehen, selbst wenn sich WHO-Vorgaben als unnütz, unnötig oder schädlich erweisen.

Besonders problematisch sind die rechtsverbindlichen Regelungen zur Informationsdoktrin der WHO. Bund und Kantone sind angehalten, ausschliesslich von der WHO genehmigte Informationen für das Pandemiemanagement zu verwenden. Alternativen müssen – wie schon unter COVID-19 – unterdrückt werden, sobald sie der WHO-Linie widersprechen. Dies erhöht das Risiko fataler Fehlentscheide mit negativen Folgen für Staatsfinanzen und öffentliche Gesundheit.

Die beschlossenen IGV-Anpassungen stellen zentrale Prinzipien der Schweizer Rechtsordnung und Verfassung infrage, darunter Informations- und Wissenschaftsfreiheit, die informierte Einwilligung in medizinische Behandlungen, die unverfälschte Willensbildung der staatlichen Gewalten und die Gewaltenteilung. Der Grundrechtsschutz in Pandemiezeiten wird geschwächt, da faktisch gilt: «Die WHO hat immer recht.».

Zudem fehlen in der IGV-Revision Regelungen zur Verantwortlichkeit von WHO-Funktionären und wirksame Bestimmungen gegen missbräuchliche Einflussnahme privater oder staatlicher Akteure auf WHO-Kommunikation und Entscheidungen.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat gebeten, nachfolgende Fragen zu beantworten:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat die Haltung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) und des Bundesrats, dass für die IGV-Änderungen keinerlei Gesetzesänderungen notwendig seien?
2. Der Bundesrat hat beschlossen, zu den Anpassungen der IGV eine Vernehmlassung durchzuführen. Wurde der Kanton Solothurn dazu eingeladen? Falls ja, erwägt der Regierungsrat eine Stellungnahme?
3. Welche Risiken sieht der Regierungsrat in der verpflichtenden Verwendung ausschliesslich WHO-genehmigter Informationen im Pandemiemanagement?
4. Wie verträgt sich die geplante Verpflichtung der Kantone, Infrastruktur und Kapazitäten massiv auszubauen, mit den bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen?
5. Welche finanziellen Auswirkungen erwartet der Regierungsrat aufgrund der Verpflichtung der Kantone, von der WHO vorgeschriebene Produkte zu beschaffen?
6. Ist der Regierungsrat der Meinung, dass die IGV-Revision die Gewaltenteilung in der Schweiz

ausreichend respektiert?

7. Welche Garantien sieht der Regierungsrat, dass die WHO-Vorgaben nicht zu Fehlentscheidungen mit negativen Auswirkungen auf die Bevölkerung führen?
8. Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass die Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen in Pandemien weiterhin geschützt bleiben?
9. Hält der Regierungsrat es für angemessen, dass die Schweiz derart tiefgreifende Änderungen akzeptiert, obwohl diese weder kantonal noch national breit abgestützt sind?
10. Befürwortet der Regierungsrat, die IGV-Revision der Volksabstimmung zu unterstellen?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Adrian Läng, 2. Markus Dick, 3. Christine Rütli, Matthias Borner, Johannes Brons, Roberto Conti, Tobias Fischer, Walter Gurtner, Beat Künzli, Stephanie Ritschard, Jennifer Rohr, Werner Ruchti, Philippe Ruf, Silvia Stöckli, Thomas von Arx, Thomas Wenger (16)

Stellungnahme RR: 13.05.2025

I 047/2025 (BJD)

Interpellation Fraktionsübergreifend: Förderung der Biodiversität auf kantonalen Flächen (29.01.2025)

Gemäss der Solothurner Strategie Natur und Landschaft 2030+ aus dem Jahr 2018 (RRB 2018/1906) soll die Bewirtschaftung von kantonalen und kommunalen Flächen naturnah erfolgen und die Biodiversität fördern. Im entsprechenden Handlungsfeld 9 ist definiert, dass diese bei Neu- und Umbauten von kantonalen und kommunalen Flächen standardmässig zu implementieren ist. Mittelfristig sollen auch bestehende Verträge überprüft und angepasst werden. Leider zeigt sich bei diversen Neubauten, die nach dem Beschluss der Strategie fertiggestellt wurden (z.B. Kantonsschule Olten, Bürgerspital, etc.), dass die Bepflanzung in weiten Teilen nicht den selbstgesetzten Ansprüchen genügt. Die Bepflanzung trägt nicht zur Biodiversität bei, ist nicht heimisch und oftmals auch in der Bewirtschaftung aufwändiger und kostenintensiver als eine Begrünung gemäss den definierten Vorgaben.

Darum möchten wir den Regierungsrat bitten, zu den folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Hat das Hochbauamt Kenntnis von Projekten, bei denen die eigene Strategie im Handlungsfeld 9 nicht oder nur unvollständig umgesetzt wurde? Um welche Projekte handelt es sich?
2. Welche Massnahmen werden ergriffen, um Anpassungen in der Bepflanzung vorzunehmen, damit die Vorgaben nachträglich umgesetzt werden können?
3. Wie stellt das Hochbauamt bei laufenden Neu- oder Umbauprojekten sicher, dass die Strategie vollumfänglich umgesetzt wird?
4. Welche Vorgaben werden an die Bauherrschaft gestellt, um die Umsetzung der Strategie sicherzustellen?
5. Findet im Prozess der Umsetzung der Strategie Natur und Landschaft auch eine Effizienzanalyse statt, um den Aufwand für die Bewirtschaftung und Pflege bereits in der Bauphase Rechnung zu tragen?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Silvia Fröhlicher, 3. Heinz Flück, Melina Aletti, Samuel Beer, Janine Eggs, Marlene Fischer, Myriam Frey Schär, David Gerke, Christian Ginsig, Simon Gomm, Michael Grimbichler, Philipp Heri, Urs Huber, Thomas Lüthi, Rebekka Matter-Linder, Matthias Meier-Moreno, Pierino Menna, Tamara Mühlemann Vescovi, Daniel Nützi, Matthias Racine, Simone Rusterholz, Christof Schauwecker, John Steggerda, Luzia Stocker, Mathias Stricker, Thomas Studer, Daniel Urech, Nadine Vögeli, Benjamin von Däniken, Jonas Walther, André Wyss (32)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

I 0067/2025 (DDI)

Interpellation Barbara Leibundgut (FDP.Die Liberaten, Bettlach): Sind die Aufgabenzuteilungen beim schulärztlichen Dienst noch zeitgemäss? (12.03.2025)

Es wird immer schwieriger für die Gemeinden, Schulärzte und Schulärztinnen zu rekrutieren. Einerseits wird von Schulärzten und Schulärztinnen moniert, dass im Falle einer Epidemie ohnehin die Kantonsärztin Anweisungen erteilt, andererseits sind sie nicht bereit, die Arbeit ihrer Berufskollegen und -kolleginnen zu beaufsichtigen. Beim Beispiel Impfberatung wird sichtbar, wie sinnlos die jetzt gültige Regelung ist, müssen doch die Schulärzte und Schulärztinnen überwachen, ob die Impfungen vorgenommen und die Impfinformation erfüllt worden sind. Im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht sind alle Ärzte und Ärztinnen verpflichtet, die Erziehungsberechtigten gründlich zu informieren, auch in Bezug auf die Impfungen. In der Schweiz besteht kein Impfwang. Die Eltern/Erziehungsberechtigten sind frei in der Entscheidung, ob sie ihre Kinder impfen lassen wollen oder nicht. Da nützt auch eine Kontrolle der Informationsausübung nichts.

Die Regierung wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Können wir als Gesellschaft es uns im Hinblick auf den Fachkräftemangel noch leisten, Ärzte und Ärztinnen mit Kontrollaufgaben wie beispielsweise Impfkartenkontrolle zu belasten?
2. Sind aus der Covid-Pandemie Lehren bezüglich Schularztdienst gezogen worden? Wenn ja, welche?
3. Ist es noch zeitgemäss, dass die Schulärzte und -ärztinnen epidemiologische Empfehlungen abgeben sollen oder müsste das Vorgehen angepasst und diese Aufgabe der Kantonsärztin oder dem Kantonsarzt zugewiesen werden.
4. Könnte sich die Regierung einen Ablauf vorstellen, bei welchem die Kantonsärztin resp. der Kantonsarzt direkt mit den Gemeindepräsidien oder den Schulleitungen kommuniziert und Anleitungen im Epidemie-/Pandemiefall gibt?
5. Braucht es gesetzliche Anpassungen, um die Schulärzte und Schulärztinnen von der Kontrollpflicht gegenüber ihren Berufskollegen und -kolleginnen zu entlassen?
6. Können einzelne Aufgaben den Schulverwaltungen übertragen werden?

Begründung 12.03.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Barbara Leibundgut, 2. Michael Kummli, 3. Georg Lindemann, Freddy Kreuchi, Manuela Misteli, Sabrina Weisskopf, Hansueli Wyss (7)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

I 0109/2025 (BJD)

Interpellation Michael Grimbichler (Die Mitte, Gempen): Wie können die Lärmbelastungen durch Poser auf der Gempenstrasse reduziert werden? (06.05.2025)

Die Gempenstrasse ist eine beliebte kurvenreiche Strecke für Töff-, Auto- und Velo-Fahrer und -Fahrerinnen. Diese Strecke verleitet einige Töff- und Autoposer dazu, die Strecke als Hobbyrennstrecke zu benutzen. Durch das teilweise übermässige Aufheulen der Motoren ist die Lärmbelastung für die Einwohner und Einwohnerinnen von Gempen und Dornach in verschiedenen Gebieten ein Problem. Gerade an schönen Sommertagen und Abenden ist der Lärm fast unerträglich. In den Kurven werden teilweise Liegestühle aufgestellt, um das Schauspiel zu begutachten. Ebenso entstehen Treffpunkte in Gempen und Dornach, wo zeitweise das Brummen durch nicht abgestellte Motoren weiteren Lärm verursacht. Die Strecke ist relativ kurvenreich und daher verlockend. Die stetige Änderung der Geschwindigkeiten vor und nach jeder Kurve sowie die Beschleunigungstrecken verursachen die hohe Lärmbelastung.

Daher müsste, wenn es in Erwägung gezogen würde, die Strecke durchgehend nur eine Geschwindigkeit aufweisen (z.B. 60 km/h). Da diese Strecke einzigartig und der Hotspot in der Region ist, kann sie nicht mit anderen Strecken verglichen werden. Durch eine Temporeduktion könnte die Strecke jedoch unattraktiver werden. Da die Strecke kurvenreich ist, wäre der damit verbundene Zeitverlust minimal.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Auswirkungen hat eine Tempolimite auf der Kantonsstrasse auf die Lärmbelastung unter Berücksichtigung, dass mehr und mehr E-Autos fahren, welche den lärmigen Verkehr ablösen, jedoch nicht die Töff- und Autoposer, welche unverändert Lärm verursachen. Welche Massnahmen wären für eine Reduktion der Lärmbelastung möglich?
 2. Welche gesetzlichen Anpassungen müssten vorgenommen werden, um eine durchgehende Tempolimite zu ermöglichen?
 3. Mit welchen weiteren oder anderen Massnahmen könnte die Lärmbelastung reduziert werden?
 4. Wäre es zielführend, wenn Raser und Raserinnen und Unbelehrbare durch Massnahmen besser gebüsst werden könnten?
 5. Wäre auch ein Testversuch über einen gewissen Zeitraum möglich?
 6. Besteht bei weiteren Strassen im Kanton Solothurn Handlungsbedarf?
- Begründung 06.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Michael Grimlichler, 2. Kuno Gasser, 3. Daniel Urech, Jonas Bader, Bruno Eberhard, Janine Eggs, Rea Eng-Meister, Andrea Flury, Thomas Giger, Andrea Heiri, Karin Kälin, Edgar Kupper, Matthias Meier-Moreno, Daniel Nützi, Michael Ochsenbein, Thomas Studer, André Wyss (17)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

I 0112/2025 (VWD)

Interpellation Matthias Anderegg (SP, Solothurn): Massnahmen gegen Schwarzarbeit im Kanton Solothurn dümpeln (07.05.2025)

Schwarzarbeit verursacht im Kanton Solothurn enorme Schäden und führt zu einem massiven Steuerausfall. Gemäss Bericht 2023 «Vollzug des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (BGSA)» vom 10. Juni 2024 liegt das Niveau der Schwarzarbeit im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) bei 7,1 % in der Schweiz. Das BIP lag im Jahr 2022 bei rund 20,76 Milliarden im Kanton Solothurn. Somit können wir von einem Schwarzmarktanteil von ca. 1,47 Milliarden Franken pro Jahr im Kanton Solothurn ausgehen. Wenn wir von einer 5 % Gewinnmarge und einer Besteuerung von durchschnittlich 15 % des Gewinns ausgehen, entspricht das einem Steuerausfall von ca. 11 Mio. Franken pro Jahr. Schwarzarbeit ist auch Wettbewerbsverzerrung. Wer keine Sozialleistungen und Steuern zahlt, benachteiligt legale Unternehmen, da die Leistungen massiv günstiger angeboten werden. Die soziale Absicherung ist ebenfalls nicht gegeben und Schwarzarbeit untergräbt die Rechte der Arbeitnehmenden. Der Kanton tut gut daran, ein besonderes Augenmerk auf die Kontrollen in diesem Bereich zu legen.

Die Kantone sind verpflichtet, bei einem rechtskräftigen Entscheid einer Verwaltungsbehörde oder einem rechtskräftigen Strafurteil die Arbeitgeber nach Bern zu melden. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) setzt diese Arbeitgeber danach auf eine Liste. Diese Arbeitgeber werden danach, je nach Vergehen, bis zu fünf Jahre für öffentliche Ausschreibungen gesperrt. Gemäss einem Artikel aus der Solothurner Zeitung vom 14.4.2025 sind momentan 99 Firmen auf dieser Liste. 93 davon wurden durch den Kanton Genf gemeldet, fünf Einträge stammen aus der Waadt und einer aus dem Kanton Uri. Aus den restlichen Kantonen, somit auch aus dem Kanton Solothurn, gibt es keine Meldungen.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, hierzu folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie werden Kontrollen im Kanton Solothurn durchgeführt?
2. Welche Verwaltungsstelle koordiniert den Kontrollprozess, ab Verdacht bis zum Urteil?
3. Werden auch Kontrollen (inkl. an Wochenenden) direkt, ohne Anzeige, als Stichproben durchgeführt?
4. Gibt es ein Monitoring und eine Erfolgskontrolle der Fälle?
5. Warum gibt es keine Meldungen an den Bund aus dem Kanton Solothurn?
6. Wie viele Stellenprozente werden im Kanton für Arbeitskontrollen eingesetzt?
7. Wie viele Kontrollen wurden in den letzten vier Jahren durchgeführt?
8. Wie viele Verstösse konnten in den letzten vier Jahren aufgedeckt und zur Anzeige gebracht werden?
9. Ist die Regierung bereit, eine jährliche Berichterstattung zu Händen des Kantonsrats durchzuführen?
10. Ist die Regierung bereit, mehr Ressourcen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einzusetzen?
11. Im Kanton Freiburg können die Inspektoren der Arbeitsmarktüberwachung in bestimmten Fällen umgehend Zwangsmassnahmen anordnen. Gemäss den zuständigen Stellen hat sich dies bewährt. Ist die Regierung bereit, die rechtlichen Grundlagen dahingehend im Kanton Solothurn anzupassen?

Begründung 07.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Anderegg, 2. Simon Bürki, 3. John Steggerda, Melina Aletti, Ida Boos, Simon Gomm, Philipp Heri, Urs Huber, Stefanie Ingold, Karin Kälin, Sandra Morstein, Luc Nünlist, Angela Petiti, Matthias Racine, Roger Spichiger, Nadine Vögeli, Bettina Widmer, Nicole Wyss (18)

Stellungnahme RR: 18.03.2025

I 0113/2025 (FD)

Interpellation Nadine Vögeli (SP, Hägendorf): Gleichbehandlung aller Kantonsangestellten bezüglich Wählbarkeit in den Kantonsrat (07.05.2025)

Die aktuelle gesetzliche Grundlage sorgt für eine Ungleichbehandlung der Kantonsangestellten bezüglich der Wählbarkeit in den Kantonsrat. Heute dürfen zwar Kantonschullehrpersonen in den Kantonsrat gewählt werden, andere Angestellte des Kantons, wie beispielsweise Angehörige des Polizeikorps, Wegmacher und Wegmacherinnen oder Mitarbeitende der Verwaltung, nicht. Eine schlüssige Begründung dafür gibt es meines Erachtens nicht. Auch ist es so, dass es in anderen Kantonen unterschiedlich gehandhabt wird. Im Kanton Basel-Stadt beispielsweise ist ein Polizist des kantonalen Korps Mitglied des grossen Rates. Ich bitte den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten.

1. Wie ist es zur Ungleichbehandlung der verschiedenen Kantonsangestellten gekommen?
2. Was spricht aus Sicht der Regierung dafür, dass nur die Kantonschullehrer und Kantonschullehrerinnen zur Wahl zugelassen sind?
3. Welche Herausforderungen würden entstehen, wären alle Kantonsangestellten zur Wahl zugelassen?
4. Welche gesetzlichen Anpassungen wären notwendig, um alle Kantonsangestellten zur Wahl zuzulassen?

Begründung 07.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Nadine Vögeli, 2. Hardy Jäggi, 3. John Steggerda, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Ida Boos, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefanie Ingold, Karin Kälin, Sandra Morstein, Angela Petiti, Matthias Racine, Bettina Widmer, Nicole Wyss (17)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

I 0120/2025 (DDI)

Interpellation Anna Engeler (Grüne, Starrkirch-Wil): Umgang des Kantons Solothurn mit Opfern von fürsorglichen Zwangsmassnahmen (14.05.2025)

Bis 1981 wurden für Kinder und Erwachsene von Amtes wegen schweizweit sogenannte fürsorgliche Massnahmen verfügt. Dies können Fremdplatzierungen, Zwangsadoptionen, Inhaftierung ohne Delikt, erzwungene Abtreibungen und Sterilisierungen von Frauen oder Zwangsmedikation sein. Es handelt sich um eines der dunkelsten Kapitel in der Schweizer Geschichte und die Aufarbeitung ist noch lange nicht abgeschlossen. Betroffene können seit längerem auf Bundesebene einen Solidaritätsbeitrag von 25'000 Franken beantragen als Zeichen der Anerkennung des erlittenen Unrechts und Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität. In jüngerer Zeit haben die Stadt Zürich sowie der Kanton Schaffhausen entschieden, den betroffenen Personen in der Stadt bzw. im Kanton eine zusätzliche Entschädigung auszusprechen. Damit entsteht eine Ungleichbehandlung Betroffener je nach Wohnort.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wurden die Auswirkungen einer solchen zusätzlichen Entschädigung einiger Städte oder Kantone jemals in der Sozialdirektorenkonferenz thematisiert insbesondere hinsichtlich der dadurch entstehenden Ungleichbehandlung der Opfer?
2. Wurde die Thematik fürsorglicher Zwangsmassnahmen jemals kantonal aufgearbeitet? Falls ja, wie? Falls nein, wieso nicht?
3. Gibt es statistische Zahlen zum Mengengerüst von Personen, die im Kanton Solothurn Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen wurden? Wie viele Kinder, Männer, Frauen waren betroffen?
4. Welche Zwangsmassnahmen kamen im Kanton Solothurn zum Einsatz?
5. Kann sich die Regierung vorstellen, die Opfer fürsorglicher Zwangsmassnahmen auf kantonaler Ebene ebenfalls zusätzlich zu entschädigen?
6. Gibt es andere Massnahmen im Kanton Solothurn, um Opfer zur unterstützen oder deren Leid, aufgrund staatlicher Massnahmen, öffentlich anzuerkennen?

Begründung 14.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Anna Engeler, 2. Myriam Frey Schär, 3. Heinz Flück, Janine Eggs, Marlene Fischer, Laura Gantenbein, David Gerke, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (9)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

I 0121/2025 (VWD)

Interpellation Fraktion Grüne: Wie weiter mit dem Energiegesetz? (14.05.2025)

Nach der Ablehnung der Revision des kantonalen Energiegesetzes am 9. Februar 2025 erfüllt der Kanton Solothurn die Vorgaben des nationalen Energiegesetzes (insb. § 45) nicht. Das nationale Energiegesetz verpflichtet die Kantone unter anderem dazu, günstige Rahmenbedingungen für die sparsame und effiziente Energienutzung sowie die Nutzung erneuerbarer Energien zu schaffen. Weiter müssen die Kantone u.a. Vorschriften erlassen, über den maximal zulässigen Anteil nicht erneuerbaren Energien zur Deckung des Wärmebedarfs für Heizung und Warmwasser.

Über die Gründe, weshalb das kantonale Energiegesetz an der Urne nicht angenommen wurde, kann nur spekuliert werden. Allenfalls war es wegen den – kaum vorhandenen – Einschränkungen oder aufgrund von den Kantonsfinanzen, die für diverse Fördermassnahmen eingesetzt worden wären.

Damit der Kanton Solothurn die Bundesvorgaben einhält und den notwendigen Beitrag zur Förderung von erneuerbaren Energien und zum Schutz des Klimas leistet, ist es unverzichtbar, dass das über 30-jährige kantonale Energiegesetz revidiert wird.

Vor dieser Ausgangslage bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie gedenkt der Regierungsrat, die Vorgaben des Bundes umzusetzen?
2. Anerkennt der Regierungsrat die Notwendigkeit, eine neue Revision des Energiegesetzes aufzugleisen?
3. Wenn Frage 2 mit ja beantwortet wird: Ist davon auszugehen, dass eine erneute Revision im aktuellen Jahr angegangen wird?
4. Sind Teilrevisionen angedacht und wenn ja, welche Teilbereiche werden zuerst revidiert?
5. Wird sich der Kanton Solothurn an den Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE) 2025 orientieren?

Begründung 14.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Janine Eggs, 2. Marlene Fischer, 3. Myriam Frey Schär, Anna Engeler, Heinz Flück, Laura Gantenbein, David Gerke, Rebekka Matter-Linder, Daniel Urech (9)

Stellungnahme RR: 10.06.2025 (schriftlich)

XI. Kleine Anfragen

K 044/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Christof Schauwecker (Grüne, Zuchwil): Winterdienst auf Fuss- und Velowegen (29.01.2025)

Gemäss dem kantonalen Strassengesetz 725.11 sind grundsätzlich die Gemeinden für den Winterdienst auf Velo- und Gehwegen zuständig. Namentlich sind die Gemeinden zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung verpflichtet. Der Kanton ist für den Winterdienst der Fahrbahnen von Kantonsstrassen zuständig.

Im Winter 2024/2025 fiel einige Male bereits Schnee, welcher auch liegen blieb. Die Fahrbahnen für den motorisierten Strassenverkehr wurden dabei jeweils zuverlässig geräumt. Velo- und Fusswege blieben teilweise tagelang unbrauchbar. Teilweise wurde Schnee von der Fahrbahn auf die Velostreifen am Rand der Fahrbahn geschoben, vorgesehene Wechsel von Velowegen von der Fahrbahn auf den Gehsteig oder separate Velowege wurden nicht geräumt. Zugänge von Trottoirs zu Zebrastreifen wurden nicht überall barrierefrei begehbar gemacht. Als Folge davon weichen Velofahrende, aber auch Menschen, welche im Rollstuhl oder mit dem Rollator unterwegs sind, auf die Fahrbahn aus oder blieben auf dem Trottoir. Sowohl auf der Fahrbahn als auch auf Trottoirs sind mögliche Konflikte mit anderen Verkehrsteilnehmenden (motorisierter Individualverkehr [MIV], Zufussgehende) absehbar. Für Menschen im Rollstuhl, mit einer Gehbehinderung oder auch Menschen mit einer Sehbehinderung, die mit dem Weissen Stock Orientierung suchen, sind die schneebedeckten Fussgängerzonen unüberwindbare Hindernisse.

In diesem Zusammenhang bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie überprüft der Kanton, ob die Gemeinden ihre Pflicht gemäss § 21, 3 Pflicht zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung auf Fuss- und Velowegen einhalten?
2. Mit welchen Konsequenzen haben Gemeinden zu rechnen, welche der Pflicht zur Schneeräumung und Glatteisbekämpfung auf Fuss- und Velowegen (§ 21,1 Strassengesetz) nicht nachkommen?
3. Gibt es auch Geh- und Velowege, auf welchen der Kanton für die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung ausführt? Wenn ja: Wo liegen diese und wieso werden die Arbeiten dort nicht durch die Gemeinden ausgeführt?
4. Wer ist zuständig für die Schneeräumung und Glatteisbekämpfung von Übergängen für Zufussgehende und Wechsel von Velowegen auf separate Velowege beziehungsweise Trottoirs von und ab der Fahrbahn?
5. Wer ist zuständig für die Räumung von Velowegen, welche sich auf der Fahrbahn von Kantonsstrassen befinden?
6. Wer ist zuständig, dass die Bushaltestellen geräumt und damit der Zugang für Menschen mit Rollstuhl oder Rollator wie auch mit Kinderwagen sichergestellt ist?

Begründung 29.01.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Christof Schauwecker, 2. John Steggerda, 3. Rebekka Matter-Linder, Janine Eggs, Anna Engeler, Marlene Fischer, Heinz Flück, Myriam Frey Schär, David Gerke (9)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 0061/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Karin Kälin (SP, Rodersdorf): Nutzung Windenergie im Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirports Basel Mulhouse Freiburg (12.03.2025)

Der rasche Ausbau der Windenergie ist für die Erreichung der Klimaziele sowie für die Energieversorgungssicherheit von grosser Bedeutung. Windkraft produziert zwei Drittel der Energie im Winter und ergänzt Solarenergie ideal. Windenergieanlagen (WEA) in unmittelbarer Nähe zu Flughäfen können jedoch den Betrieb deren Primärradarsystem beeinträchtigen, da die grossen, sich drehenden Rotorblätter Radarwellen reflektieren und so Fehlechos erzeugen. Um zu verhindern, dass dadurch die Flugkontrolle gestört wird, wurden zunächst Anlagenschutzbereiche rund um Flughäfen eingerichtet. Innerhalb dieser Bereiche ist die Errichtung von WEA eingeschränkt oder gar unzulässig. Dies trifft auch auf den Überwachungsperimeter des Primärradars des EuroAirports zu. Gleich mehrere bereits ausgewiesene Windgebiete in den Kantonen Basel-Landschaft, Jura und Solothurn wie auch Eignungsgebiete in Frankreich und Deutschland sind davon betroffen. Moderne Radaranlagen wären heute jedoch in der Lage, solche Fehlechos sicher und zuverlässig zu erkennen und herauszufiltern und durch gezieltere Peilung der Flugobjekte gar nicht erst zu erzeugen. So konnten durch die Erneuerung des Primärradars auf dem Flughafen Genf im Jahr 2017 zahlreiche Gebiete im Kanton Waadt für die Windenergienutzung freigegeben werden. Auch ausserhalb der Schweiz gibt es heute zahlreiche Flughäfen in unmittelbarer Nähe zu Windparks wie beispielsweise Liverpool (Frodsham), Amsterdam (Jap Rodenburg II), Kopenhagen (Lillgrund) oder Berlin Brandenburg (Spreeau). Für die Flugsicherung am EuroAirport und somit auch für die dazu nötige Infrastruktur sind gemäss Staatsvertrag die französischen Behörden zuständig. Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, sich im Rahmen seiner Möglichkeiten für eine möglichst zeitnahe Modernisierung der Primärradaranlage des EuroAirports einzusetzen. Dies in den dafür geeigneten Gremien und Behörden, wie zum Beispiel beim Bundesamt für Zivilluftfahrt (BAZL), der Direction Générale de l'Aviation Civile (DGAC) bzw. der Direction des Services de la Navigation Aérienne (DSNA), im Verwaltungsrat des EuroAirport.

Dieser Vorstoss wurde auch in Basel-Stadt und Basel-Landschaft eingereicht.

Der Regierungsrat sei gebeten, wie folgt zu prüfen und zu berichten:

1. Steht die baldige Modernisierung des Primärradars des EuroAirports an?
2. Wie könnten die Nordwestschweizer Kantone eine raschere Modernisierung des Primärradars vorantreiben?
3. Was würde eine entsprechende Modernisierung des Primärradars kosten und wie schnell könnte ein solches Projekt umgesetzt werden?
4. Bisher wurden Freigaben von WEA im Überwachungsperimeter nur auf Antrag per Einzelfallprüfung erteilt. Könnte dieser Prozess durch eine systematische Analyse des gesamten Perimeters vereinfacht werden?
5. Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Regierungsrat, um die Nutzung der Windenergie im Primärradar-Perimeter zu vereinfachen und begünstigen?
6. Gemäss der vom Bundesamt für Energie (BFE) in Auftrag gegebenen Windpotential-Studie¹, beträgt das Windpotential im Kanton Solothurn rund 950 GWh/a. Wieviel davon ist heute von Einschränkungen im Zusammenhang mit dem Betrieb des Primärradars des EuroAirports betroffen?

Begründung 12.03.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Karin Kälin, 2. Matthias Anderegg, 3. Simon Gomm, Markus Ammann, Remo Bill, Simon Esslinger, Urs Huber, Matthias Racine, John Steggerda, Mathias Stricker, Nicole Wyss (11)

Stellungnahme RR: (schriftlich)

K 0105/2025 (DDI)

Kleine Anfrage Marlene Fischer (Grüne, Olten): Was tut der Kanton Solothurn gegen Femizide? (06.05.2025)

In der Schweiz wird alle zwei Wochen eine Frau durch ihren Ehemann, Lebensgefährten, Ex-Partner, Bruder oder Sohn getötet. Bis zum 6. Mai gab es im Jahr 2025 schon 15 Femizide (Quelle: <https://www.stopfemizid.ch>). Einer davon am 7. Februar 2025 in Schönenwerd im Kanton Solothurn.

Solche Taten sind keine Einzelfälle oder «Beziehungsdramen», sondern Resultat von struktureller Gewalt, deren Ausgangspunkt in den patriarchalen Machtverhältnissen unserer Gesellschaft liegt. Um das sichtbar zu machen, werden Morde von Männern an Frauen, weil sie Frauen sind, als «Femizide» bezeichnet.

Gewalt gegen Frauen wird noch oft als Privatsache behandelt, was sich am gesellschaftlichen Umgang damit ablesen lässt: Der Begriff Femizid ist in der Schweiz noch immer kein etablierter politischer Begriff. Seine Verwendung wurde im Sommer 2020 vom Ständerat erneut abgelehnt: Nationale Pläne zur Verwendung des Begriffs Femizid bestehen derzeit nicht. In der Schweiz gibt es keine offizielle Stelle, die Femizide aufzeichnet und eine Statistik über Tötungen aufgrund des Geschlechts führt.

Deshalb wird der Regierungsrat darum gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wird im Kanton Solothurn der Begriff Femizid verwendet?
 2. Hat der Regierungsrat Kenntnis davon, wie viele Femizide in den letzten Jahren im Kanton Solothurn verübt wurden?
 3. Wie beurteilt der Regierungsrat die Situation rund um häusliche Gewalt und Femizide?
 4. Was wurde bisher gegen Femizide unternommen? Welche Massnahmen erachtet der Regierungsrat als sinnvoll, um der Situation rund um häusliche Gewalt und Femizide zu begegnen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren? Gibt es insbesondere Grundlagen für die Medienarbeit?
 5. Femizide und häusliche Gewalt sind eng gekoppelt. Welche Unterstützung für Betroffene von häuslicher Gewalt gibt es? Welche Angebote für Tatpersonen?
 6. Welche Präventionsangebote gibt es? Sind Angebote geplant oder gibt es vorbildliche Angebote, an denen sich der Kanton Solothurn orientieren will?
- Begründung 06.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Janine Eggs (2)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

K 0106/2025 (DDI)

Kleine Anfrage Marlene Fischer (Grüne, Olten): Was tut der Kanton Solothurn gegen chemische Unterwerfung? (06.05.2025)

Gisèle Pelicot rüttelte im Jahr 2024 die breite Öffentlichkeit auf. Nachdem ihr Mann sie über Jahre mit Medikamenten betäubte und sie von über 50 Männern vergewaltigen liess, entschied sie sich, den Prozess gegen das Verbrechen öffentlich zu führen. Der öffentlich geführte Prozess und der von ihrer Tochter Caroline Darian gegründete Verein «#M'endors pas: Stop à la soumission chimique» schufen ein neues Bewusstsein für das Phänomen der chemischen Unterwerfung.

Chemische Unterwerfung bezeichnet die Verabreichung von psychoaktiven Substanzen, um das Bewusstsein, die Entscheidungsfähigkeit oder die Wehrhaftigkeit einer Person zu beeinträchtigen. Dies geschieht oft heimlich mit dem Ziel, Kontrolle über das Opfer zu erlangen. In der Praxis wird chemische Unterwerfung oft im Zusammenhang mit Sexualstraftaten verfolgt. Chemische Unterwerfung betrifft nicht nur den Bereich der häuslichen Gewalt wie beim Fall Pelicot, sondern ist auch im Nachtleben relevant: An Partys ist das Verabreichen von K.O.-Tropfen (GHB) ein weit verbreitetes Phänomen. Ein Problem ist der Nachweis der Substanzen,

da viele K.O.-Mittel schnell im Körper abgebaut werden. Deshalb ist es im Gesundheitswesen und bei der Strafverfolgung von hoher Wichtigkeit, dass Symptome und damit Hinweise auf eine allfällige chemische Unterwerfung erkannt werden.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat darum gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Welche Kenntnis hat der Regierungsrat über das Phänomen der chemischen Unterwerfung?
2. Wie werden Fälle der chemischen Unterwerfung im Kanton Solothurn erfasst? Gibt es einen eigenen Tatbestand und falls nicht, würde das der Regierungsrat begrüssen?
3. Welche Daten liegen dem Regierungsrat bei chemischer Unterwerfung zur Anzahl, Art der Delikte, Profile der Opfer und Täter, Anzahl der aufgeklärten Fälle etc. vor?
4. Wie beurteilt der Regierungsrat das Phänomen, insbesondere bzgl. Häuslicher Gewalt, der Sicherheit im Nachtleben und dem Jugendschutz?
5. Welche Präventions- und Sensibilisierungsangebote gibt es, einerseits in der Täterarbeit, andererseits in Schulen, Bars oder bei Veranstaltungen? Sind Angebote geplant oder gibt es vorbildliche Angebote, an denen sich der Kanton Solothurn orientieren will?
6. Gibt es für den Umgang mit chemischer Unterwerfung Weiterbildung im Umgang mit Betroffenen und in der Erkennung der Fälle im Gesundheitswesen, bei der Polizei, Rechtsmedizin und in der Opferberatung? Wenn nein, sind solche geplant?
7. Welche Massnahmen erachtet der Regierungsrat als sinnvoll, um dem Phänomen zu begegnen und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren?

Begründung 06.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Marlene Fischer, 2. Janine Eggs (2)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

K 0110/2025 (DDI)

Kleine Anfrage David Häner (FDP.Die Liberalen, Breitenbach): Standortbestimmung der Kantonspolizei Solothurn: Personalressourcen, Einsatzfähigkeit und Ausbildung im kantonalen Vergleich (06.05.2025)

Im Kanton Solothurn spielt die Kantonspolizei eine zentrale Rolle bei der Wahrung der öffentlichen Sicherheit und der Ordnung. Angesichts steigender Anforderungen durch komplexe Kriminalitätslagen, neue Sicherheitsherausforderungen und die Notwendigkeit, das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei zu stärken, stellt sich die Frage, wie gut die Kantonspolizei Solothurn aufgestellt ist, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Dabei ist es von Interesse, wie die Kantonspolizei Solothurn im Vergleich zu anderen Kantonen hinsichtlich der Personalausstattung und der operativen Strukturen positioniert ist. Eine fundierte Analyse der Personalressourcen, der Auslastung der Polizisten und Polizistinnen sowie der Ausbildungsbedingungen sind von entscheidender Bedeutung, um sicherzustellen, dass die Kantonspolizei Solothurn über die nötigen Kapazitäten und Strukturen verfügt, um eine hohe Sicherheitsqualität aufrechtzuerhalten.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

Personalbedarf:

1. Wie beurteilt der Regierungsrat den aktuellen Personalbestand der Kantonspolizei Solothurn im Hinblick auf die wachsenden Anforderungen im Bereich der öffentlichen Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung?
2. Welche konkreten Massnahmen werden ergriffen, um den Personalbedarf in den kommenden Jahren sicherzustellen, und welche Rolle spielt hierbei die Entwicklung der Kriminalitätsstatistiken?
3. Wo steht der Kanton Solothurn im Vergleich zu anderen Kantonen in Bezug auf die Polizeidichte (Anzahl Polizisten pro 1000 Einwohner) und die Anzahl der Kriminalfälle pro Jahr?

Patrouillendienst:

4. Wie viele Personen werden in der Regel für die Aufrechterhaltung Patrouillentätigkeit bei der Kantonspolizei Solothurn benötigt?

5. Reichen die aktuell im Patrouillendienst eingesetzten personellen Mittel aus, um die bei der Polizei eingehenden Meldungen zeitnah abzuarbeiten?

6. Welche personellen und materiellen Ressourcen sind erforderlich, um einen effektiven Patrouillendienst aufrechtzuerhalten und wie wird sichergestellt, dass sowohl tagsüber als auch nachts ein ausreichendes Patrouillendispositiv vorhanden ist?

Administrativer Aufwand/Fristen:

7. Welche sind die grössten Herausforderungen in Bezug auf den administrativen Aufwand, mit welchem die Kantonspolizei Solothurn konfrontiert ist? Gibt es hier allenfalls Verbesserungspotential, insbesondere in Bezug auf die Bearbeitungszeiten bei Ermittlungen oder bei der Erfassung von Strafanzeigen?

8. Welche Massnahmen wurden ergriffen, um Verzögerungen zu minimieren und eine effiziente Fallbearbeitung zu gewährleisten?

Ausbildung der Polizeibeamten:

9. Wie lange dauert die komplette Ausbildung eines Polizisten oder einer Polizistin bei der Kantonspolizei Solothurn? Welche Phasen umfasst diese Ausbildung?

10. Wie viel Vorlaufzeit ist notwendig, um einen neuen Polizisten oder eine neue Polizistin vollständig auszubilden und in den Dienst zu stellen?

Begründung 06.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. David Häner (1)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

K 0111/2025 (BJD)

Kleine Anfrage David Häner (FDP.Die Liberalen, Breitenbach): Verwendung der Mittel aus dem Planungsausgleich (06.05.2025)

Der Planungsausgleich ist ein zentrales Instrument des Planungs- und Ausgleichsgesetzes (PAG) des Kantons Solothurn. Die im Rahmen des Planungsausgleichs erhobene zweckgebundene Ausgleichsabgabe soll gemäss Raumplanungsgesetz des Bundes (Art. 5 Abs. 1ter RPG) für spezifische Massnahmen der Raumplanung eingesetzt werden. Dazu zählen unter anderem die Aktivierung von brachliegenden Bauzonen, die Verdichtung bestehender Siedlungsflächen, die Aufwertung öffentlicher Räume oder die Verbesserung der Erschliessung mit dem öffentlichen Verkehr.

In der Praxis ist heute jedoch unklar, wie genau diese Mittel in den Gemeinden und Regionen eingesetzt werden dürfen. Es stellen sich Fragen zur konkreten Mittelverwendung, zu den zuständigen Entscheidungsinstanzen sowie zur Frage, nach welchen Kriterien über die Vergabe entschieden wird. Besonders komplex ist die Handhabung in Fällen von umfassenden Restrukturierungsgebieten, bei denen grössere finanzielle Auswirkungen für die betroffenen Gemeinden entstehen können. Insbesondere die Erstellung von zusätzlichen Infrastrukturbauten, öffentliche Bauten (Schulhäuser, Turnhallen, Werkhof usw.), welche bei einer starken Bevölkerungszunahme notwendig werden könnten.

Auch im Vergleich zu den Nachbarkantonen ist von Interesse, wie der Kanton Solothurn seine Umsetzungspraxis einordnet und ob gegebenenfalls Handlungsbedarf besteht, um die Transparenz, Nachvollziehbarkeit und strategische Steuerung der Mittelvergabe zu verbessern.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Für welche Arten von Projekten oder Massnahmen können die Mittel aus dem Planungsausgleich gemäss PAG verwendet werden? Gibt es Einschränkungen oder definierte Förderbereiche?

2. Wer entscheidet abschliessend über die Vergabe dieser Mittel – der Regierungsrat, ein Departement oder eine andere Fachstelle?

3. Wie wird die Verwendung der gesprochenen Mittel kontrolliert und evaluiert? Gibt es ein Controlling-System oder eine Rechenschaftspflicht der begünstigten Gemeinden?
 4. Gibt es im PAG oder in zugehörigen Ausführungsbestimmungen besondere Regelungen für Restrukturierungsgebiete, in denen erhebliche Auswirkungen auf die Gemeindefinanzen entstehen können?
 5. Wie gehen die Nachbarkantone (z. B. Aargau, Basel-Landschaft, Bern) mit vergleichbaren Ausgleichs- oder Förderinstrumenten in der Raumplanung um?
 6. Besteht aus Sicht des Regierungsrats Spielraum oder ein Bedarf, die heute geltenden Vorgaben zur Mittelverwendung zu lockern oder weiterzuentwickeln, um den Gemeinden mehr Flexibilität bei raumplanerischen Herausforderungen zu ermöglichen?
- Begründung 06.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. David Häner, 2. Christian Thalmann, 3. Ida Boos (3)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

K 0114/2025 (DDI)

Kleine Anfrage Nadine Vögeli (SP, Hägendorf): Verrechnung der Kosten von IVSE-Institutionen (07.05.2025)

Diese kleine Anfrage bezieht sich auf die Verrechnung der Kosten von Institutionen mit Interkantonaler Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE), in denen Menschen mit Behinderungen leben. Sämtliche anfallende Kosten (das können über 20'000 Franken sein) werden den privaten Angehörigen vorschüssig in Rechnung gestellt.

Die privaten Angehörigen sind dann selbst dafür verantwortlich, bei allen zuständigen Ämtern (IV, HE, EL und allenfalls Unfall- resp. Krankentaggeld) die nötigen finanziellen Entlastungen einzufordern.

Während dem «Wartejahr» bei einer erworbenen Behinderung – welches in der Realität meist 18 Monate sind – müssen die privaten Angehörigen je nach finanzieller Situation selbst für die Kosten aufkommen. Ansonsten springt der Soziale Dienst / Sozialamt ein. Diese Handhabung ist für die Angehörigen in einer ohnehin schon schwierigen Situation sehr belastend. In den umliegenden Kantonen (Bern, Aargau, Luzern, Basel-Stadt) läuft es anders:

Der Kanton definiert jeweils, wie hoch der private Anteil ist (Kt. BE 135 Franken, Kt. AG 152.56 Franken pro Tag), der Rest wird von Anfang an dem Kanton verrechnet (ca. 15'500 Franken – was der EL entsprechen könnte). Diese Kosten werden dann den zuständigen Stellen in Rechnung gestellt.

Für die Kantone fallen so, nebst dem administrativen Aufwand, keine zusätzlichen Kosten an. Tarife:

In den Institutionen für Menschen mit Behinderungen werden die Umsätze anhand von Stufen generiert. Zusätzlich finden noch jedes Jahr Tarifverhandlungen statt, nicht jede Institution erhält den gleichen Tarif pro Individuelle Betreuungsbedarf (IBB) Stufe.

Aktuell gibt es keine gemeinsame Plattform, auf der die unterschiedlichen Tarife der Kantone sichtbar sind. Dies erschwert die Arbeit, einerseits der Kantone, aber auch der Institutionen. Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Vor- beziehungsweise Nachteile sieht der Regierungsrat in der aktuellen Handhabung im Kanton Solothurn?
2. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, auf das System der Nachbarkantone zu wechseln, die Kosten vorzuschüssen und den zuständigen Stellen weiter zu verrechnen?
3. Was ist der Grund für die unterschiedlichen Tarife bei den Institutionen, trotz der IBB Einstufung?
4. Wieso werden die IBB Stufen nicht so ausgestaltet, dass keine unterschiedlichen Tarife mehr benötigt werden?
5. Kann sich der Regierungsrat vorstellen, eine gemeinsame «Tarif-Plattform» mit anderen Kantonen anzuregen, beziehungsweise zu initiieren?

Begründung 07.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Nadine Vögeli, 2. John Steggerda, 3. Roger Spichiger, Melina Aletti, Matthias Anderegg, Remo Bill, Ida Boos, Simon Bürki, Silvia Fröhlicher, Simon Gomm, Philipp Heri, Stefanie Ingold, Hardy Jäggi, Karin Kälin, Sandra Morstein, Luc Nünlist, Angela Petiti, Matthias Racine, Nicole Wyss (19)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

K 0117/2025 (BJD)

Kleine Anfrage Matthias Borner (SVP, Olten): Sanierung Kantonsschule Olten – zeitgemäss und sicherheitskonform? (14.05.2025)

Anlässlich einer Führung durch die sanierte Kantonsschule Olten wurden Fragen aufgeworfen. Sie erwiesen sich als derart relevant, dass gar Zweifel am geänderten Sicherheitskonzept aufgeworfen wurden. Offenbar wurde das Konzept der Fluchtwege geändert.

Daher erlaube ich mir, diese Fragen zu stellen:

1. Wie breit ist die als Fluchtweg benannte Treppe? Wird die minimale Breite von 120 cm eingehalten?
2. Sind die Fluchttüren ordnungsgemäss platziert? Verengen diese den Durchgang der Fluchttreppe zusätzlich?
3. Wie viele Toiletten wurden im Zuge der Renovation gestrichen?
4. Entspricht die Anzahl Toiletten der Norm? Nahm man bei der Sanierung Rücksicht auf den massiv höheren Frauenanteil im Vergleich zur Eröffnung vor 50 Jahren?

Begründung 14.05.2025: Im Vorstosstext enthalten.

Unterschriften: 1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Marco Burger, Pascal Jacomet, Christine Rütli (5)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

K 0122/2025 (DDI)

Kleine Anfrage David Häner (FDP.Die Liberalen, Breitenbach): Erfassung biometrischer Daten für Einwohner und Einwohnerinnen der Bezirke Dorneck und Thierstein (14.05.2025)

Gemäss aktuellem Hinweis des Ausweisentrums Solothurn können Einwohner und Einwohnerinnen der Bezirke Dorneck und Thierstein derzeit ihre biometrischen Daten für die Ausstellung eines Passes oder eines Kombiangebotes (Pass/ID) nicht wie früher in den benachbarten Passzentren in Liestal (BL) oder Basel (BS) erfassen lassen. Stattdessen ist eine persönliche Vorsprache zwingend im Ausweiszentrum Solothurn erforderlich. Dies stellt für viele Betroffene eine erhebliche Belastung dar.

Der Regierungsrat wird deshalb gebeten, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Wie ist die vertragliche bzw. interkantonale Regelung betreffend der Erfassung biometrischer Daten in den Passzentren Basel (BS) und Liestal (BL) für Solothurner und Solothurnerinnen aus den Bezirken Dorneck und Thierstein ausgestaltet?
2. Fallen für den Kanton Solothurn trotz der aktuell nicht nutzbaren Vereinbarungen mit den Kantonen Basel-Stadt oder Basel-Landschaft finanzielle Verpflichtungen (z. B. Grundpauschalen, vertragliche Beiträge oder Reservierungskosten) an?
3. Warum ist es derzeit nicht möglich, biometrische Daten in Basel oder Liestal erfassen zu lassen, wie dies früher praktiziert wurde?
4. Seit wann besteht diese Einschränkung und wie lange wird sie voraussichtlich andauern?
5. Welche konkreten Massnahmen ergreift die Regierung bzw. das zuständige Departement, um diese Situation zeitnah zu lösen und wieder regionale Optionen für die Datenerfas-

sung anzubieten?

6. Unter welchen Voraussetzungen wäre es denkbar, in Dornach oder Breitenbach eine regionale Aussenstelle des Ausweiszentrums Solothurn einzurichten – ggf. in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft –, die sowohl von Einwohnerinnen und Einwohnern der Bezirke Dorneck/Thierstein als auch des angrenzenden Baselbiets genutzt werden könnte? Begründung 14.05.2025: schriftlich.

Die aktuelle Regelung bedeutet für viele Bürger und Bürgerinnen der Bezirke Dorneck und Thierstein eine massive Erschwernis: Die Anreise nach Solothurn ist mit erheblichem Zeitaufwand verbunden und stellt insbesondere für ältere oder mobilitätseingeschränkte Personen eine Hürde dar. Der Weg nach Solothurn kann aufgrund der momentanen Verkehrssituation – insbesondere dem laufenden Doppelspurausbau der SBB zwischen Basel und Delémont mit reduziertem ÖV-Angebot, Umsteigeverbindungen und verlängerten Reisezeiten – rasch zu einer Halbtages- oder gar Tagesreise werden.

Zusätzlich sorgen zahlreiche Baustellen im Raum Basel, entlang der A18 und A1 sowie dem Passwang für Verzögerungen im motorisierten Individualverkehr. Die bisherige Möglichkeit, biometrische Daten in Basel oder Liestal erfassen zu lassen, entsprach dem regionalen Bedürfnis und sollte so rasch wie möglich wieder ermöglicht oder durch eine pragmatische Lösung vor Ort ergänzt werden – z. B. durch eine temporäre oder permanente Aussenstelle in Dornach oder Breitenbach.

Unterschriften: 1. David Häner, 2. Mark Winkler, 3. Christian Thalman, Ida Boos, Kuno Gasser, Thomas Giger, Michael Grimbichler, Karin Kälin, Daniel Urech (9)

Stellungnahme RR: 18.03.2025 (schriftlich)

Mitteilungen

Mutationen im Mitgliederverzeichnis

Fraktionssitzungen:

FDP/GLP:	Donnerstag, 19. Juni 2025
Grüne:	Dienstag, 17. Juni 2025
Mitte-Fraktion:	Donnerstag, 19. Juni 2025
SP/Junge SP:	Mittwoch, 18. Juni 2025
SVP:	Mittwoch, 18. Juni 2025

Ratsleitung

Präsidium:

P: Conti Roberto, SVP
 I. VP: Frey Schär Myriam, Grüne
 II. VP: Bürki Simon, SP

Fraktionsvorsitzende:

Fröhlicher Silvia, SP/junge SP
 Engeler Anna, Grüne
 Künzli Beat, SVP
 Gloor Fabian, Die Mitte
 Spielmann Markus, FDP.Die Liberalen

Stimmenzähler/innen

Boos Ida, SP
 Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 Gerke David, GRÜNE

Koch Hauser Susanne, Die Mitte
 Läng Adrian, SVP

Ständige Kommissionen

Finanzkommission

P: Thalmann Christian, FDP.Die Liberalen
 VP: Flück Heinz, GRÜNE
 Aschberger Richard, SVP
 Beer Samuel, GLP
 Bill Remo, SP
 Boss Markus, FDP.Die Liberalen
 Bürki Simon, SP
 Frey Thomas, SVP

Friker Patrick, Die Mitte
 Koch Hauser Susanne, Die Mitte
 Läng Adrian, SVP
 Probst Daniel, FDP.Die Liberalen
 Ruf Philippe, SVP
 Steggerda John, SP
 Wyss André, EVP

Geschäftsprüfungskommission

P: Schlatter Patrick, Die Mitte
 VP: Dick Markus, SVP
 VP: Kälin Karin, SP
 Aletti Melina, junge SP
 Eberhard Bruno, Die Mitte
 Fischer Tobias, SVP
 Flury Andrea, Die Mitte
 Gantenbein Laura, GRÜNE

Gomm Simon, SP
 Herzog Christian, FDP.Die Liberalen
 Kreuchi Freddy, FDP.Die Liberalen
 Lindemann Georg, FDP.Die Liberalen
 Plüss David, FDP.Die Liberalen
 Stärkle Diana, SVP
 Wenger Thomas, SVP

Justizkommission

P: Fürst Thomas, FDP.Die Liberalen
 VP: Huber Urs, SP
 VP: Kissling Karin, Die Mitte
 Bürgi Denise, FDP.Die Liberalen
 Eng-Meister Rea, Die Mitte
 Häner David, FDP.Die Liberalen
 Ingold Stefanie, SP
 Racine Matthias, SP

Jennifer, SVP, Obergösgen
 Ruchti Werner, SVP
 Rusterholz Simone, GLP
 Schreiber Sarah, Die Mitte
 Urech Daniel, GRÜNE
 Winistörfer Marc, SVP
 Wyss Marianne, SVP

Bildungs- und Kulturkommission

P: Meppiel Andrea, SVP
 VP: Wyss Nicole, SP
 VP: Misteli Manuela, FDP. Die Liberalen
 Conti Roberto, SVP
 Fröhlicher Silvia, SP
 Hirt Nicole, GLP
 Kumpli Michael, FDP. Die Liberalen
 Künzli Beat, SVP

Lupi Marco, FDP. Die Liberalen
 Matter- Linder Rebekka, GRÜNE
 Meier-Moreno Matthias, Die Mitte
 Nützi Daniel, Die Mitte
 Ochsenbein Michael, Die Mitte
 Petit Angela, SP
 Rütli Christine, SVP

Sozial- und Gesundheitskommission

P: Giger Thomas, SVP
 VP: Cartier Daniel, FDP.Die Liberalen
 VP: Fischer Marlene, GRÜNE
 Borner Matthias, SVP, Olten
 Grimbichler Michael, Die Mitte
 Jäggi Hardy, SP
 Kiefer Robin, SVP
 Leibundgut Barbara, FDP.Die Liberalen

Mühlemann Vescovi Tamara, Die Mitte
 Ritschard Stephanie, SVP
 Spielmann Markus, FDP.Die Liberalen
 Studer Thomas, Die Mitte
 Vögeli Nadine, SP
 Weisskopf Sabrina, FDP.Die Liberalen
 Widmer Bettina, SP

Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission

P: Anderegg Matthias, SP
 VP: Lüthi Thomas, GLP
 Burger Marco, SVP
 Dietschi Markus, FDP.Die Liberalen
 Eggs Janine, GRÜNE
 Gasser Kuno, Die Mitte
 Heri Philipp, SP, Gerlafingen
 Jacomet Pascal, SVP, Luterbach

Jeker Silvio, SVP
 Kunz Kevin, SVP
 Kupper Edgar, Die Mitte
 Morstein Sandra, SP
 Nussbaumer Georg, Die Mitte
 Rufer Martin, FDP. Die Liberalen
 Winkler Mark, FDP. Die Liberalen

Redaktionskommission

Bader Jonas, Die Mitte
 Ruf Philippe, SVP
 Rusterholz Simone, GLP

Spezialkommissionen**«Digitalisierung Kantonsrat»**

P: Häner David, FDP.Die Liberalen
 VP: Engeler Anna, GRÜNE
 Aschberger Richard, SVP

Bader Jonas, Die Mitte
 Spichiger Roger, SP

Interparlamentarische Gremien**Interparlamentarische Konferenz der Nordwestschweiz (IPK)**

Von Amtes wegen:
 Präsident (Conti Roberto, SVP)
 I. Vizepräsidentin (Frey Schär Myriam, GRÜNE)

Ordentliche Mitglieder:
 Gasser Kuno, Die Mitte
 Von Arx Thomas, SVP
 Leibundgut Barbara, FDP. Die Liberalen

Interparlamentarische Geschäftsprüfungskommission Polizeischule Hitzkirch (IPK Hitzkirch)

Kissling Karin, Die Mitte

Rohr Jennifer, SVP

Interparlamentarische Kommission der Fachhochschule Nordwestschweiz (IPK FHNW)

Matter-Linder Rebekka, GRÜNE
 Misteli Manuela, FDP.Die Liberalen
 Nünlist Luc, SP

Nützi Daniel, Die Mitte
 Ruf Philippe, SVP

Oberrheinrat

Gasser Kuno, Die Mitte